

Kennwort: »Herbert aus Halle«

Ein Forschungsbericht über die Verbindungen zwischen
Baptisten und dem Ministerium für Staatssicherheit
in der DDR

Andrea Strübind

1. Zum gegenwärtigen Stand innerbaptistischer »Aufarbeitung« der DDR-Zeit

Zu Beginn des Jahres 1992, als sich infolge aufsehenerregender Publikationen¹ eine öffentliche Diskussion über die Stasi-Kontakte der Kirchen entwickelte, sahen sich auch Verantwortliche im *Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden* (BEFG) genötigt, eine erste Einschätzung über das Verhältnis der größten deutschen Freikirche zu diesem repressiven Überwachungsorgan der DDR abzugeben. Bis dahin hatten sich die innerfreikirchliche Presse und offizielle Gremien in Fragen der Geschichtsaufarbeitung sehr zurückgehalten.

Die Bundesleitungen beider, damals noch in Ost und West getrennter Bünde hatten unmittelbar nach der Maueröffnung Kontakte untereinander aufgenommen, die schließlich zu ihrer Vereinigung auf dem Bundesrat 1991 in Siegen führten.² In den Protokollen der Bundesräte und auch in den Präsidentenberichten der ersten »Nach-Wende-Zeit« finden sich immer wieder euphorische Worte der Dankbarkeit gegenüber dem Herrn der Geschichte, der die politische Wende herbeigeführt habe. Gleichzeitig vergewisserten sich die Verantwortlichen beider Bünde wiederholt gegenseitig, daß die Zeit der organisatorischen Trennung die geistliche und innere Einheit der Freikirche nicht beeinträchtigt habe.³ In der Beschlusvorlage über das Zusammenwachsen der Bünde (21.3.1990)⁴ fehlt jeder

¹ Vgl. v.a. die Dokumentation von G. Besier / S. Wolf (Hgg.), »Pfarrer, Christen, Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn 1991 (2. erw. Aufl. 1992).

² Vgl. Anträge und Berichte an den Bundesrat 1990 (Berichtsheft 1990), 29f; Anträge und Berichte an den Bundesrat 1992 (Berichtsheft 1992), 308. Nach der Abstimmung wurde »Nun danket alle Gott gesungen«. Ein kurzer Blick in die Geschichte hätte gezeigt, daß dieses Lied 1933 traurige Berühmtheit erlangte und auch 1941 nach der umstrittenen Vereinigung von Brüder- und Baptistengemeinden gesungen wurde.

³ Vgl. Berichtsheft 1990, 30; Berichtsheft 1991, 278f; Berichtsheft 1992, 313.

⁴ Vgl. Berichtsheft 1991, 247.

Hinweis auf den Weg der Gemeinden in der DDR und ihr Verhältnis zum Staat. Im Bericht der Präsidenten an den Bundesrat (West) 1990 in Münster wurde im Rückblick auf die DDR-Zeit im selben Tenor die innere Einheit der Bünde in Ost und West beschworen. Die Frage nach Bewährung und Scheitern der Gemeinden unter der SED-Diktatur blieb damals vollständig aus. Allerdings heben die Präsidenten die positive Rolle von Mitgliedern und Pastoren während der Wende und ihr Engagement an den verschiedenen »runden Tischen« lobend hervor.⁵ Es drängt sich der Eindruck auf, daß alle Maßnahmen und Erklärungen zielstrebig auf die Zukunft ausgerichtet sein sollten, wobei kritische Analysen der Vergangenheit nur den Vereinigungsprozeß stören würden. Auf der letzten Bundesratstagung des BEFG in der DDR in Berlin-Weißensee 1990 stellten jedoch einige Abgeordnete die Frage, warum »ein Wort des Schuldbekenntnisses in bezug auf unsere Anpassung zur Zeit des Sozialismus in der DDR« im Präsidentenbericht fehle.⁶ Der Präsident, Manfred Sult, verwies auf einen Brief der Bundesleitung an die Gemeinden vom Dezember 1989 sowie auf eine Erklärung des Freikirchenrates vom 18. Oktober 1989, in welchem diese Thematik ausreichend behandelt würde.

Der Freikirchenrat der »Vereinigung Evangelischer Freikirchen« (VEF) hatte im Kontext anderer kirchlicher Verlautbarungen und angesichts der Massenflucht und der Großdemonstrationen zur Situation in der DDR Stellung genommen.⁷ Man bedauerte die Abwanderung zahlreicher junger Menschen aus der DDR und beklagte gleichzeitig das gewaltsame staatliche Vorgehen gegen die friedlichen Demonstrationen. Vorsichtig in der Formulierung, aber in der Sache dennoch eindeutig, votierten die freikirchlichen Vertreter für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, die durch einen freien und ungehinderten Gesprächsprozeß erreicht werden sollten. Das Wort der VEF enthält auch einen stichwortartigen Forderungskatalog, der sich, abgesehen von den persönlichen Freiheitsrechten, auch für die Schaffung eines Zivildienstes aussprach. Mit Hinweis auf das gemeinsame freikirchliche Erbe, zu dem der Einsatz für religiöse und persönliche Freiheit gehöre, erklärten sich die Vertreter der Freikirchen zur aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft bereit. Im Rückblick auf die bewegende und gleichzeitig verworrene Zeit der »Wende« verdient dieses freikirchliche Wort zur Lage bis heute Respekt, wurde doch hier der religiös motivierte Apolitismus, für den gleichwohl Loyalitätsbekundungen gegenüber dem DDR-Staat durchaus tolerierbar schienen, preisgegeben und einer aus der freikirchlichen Tradition begründeten gesellschaftlichen Verantwortung zumindest verbal Bahn gebrochen. Besondere Aufmerksamkeit verdient folgender Satz der Selbstreflexion: »Wir bekennen, daß wir aus pragmatischen Erwägungen

5 Vgl. Berichtsheft 1991, 278-281.

6 Vgl. Berichtsheft 1991, 318.

7 BEFG Vv 52/89

und in weltabgewandter Frömmigkeit der Versuchung zur Anpassung oft erlegen sind« (ebd.). Diesen Ton einer kritischen Auseinandersetzung mit dem eigenen Weg läßt auch das Wort der Bundesleitung (Ost) an die Gemeinden in der DDR vom 29.12.1989 erkennen.⁸

»Wir haben allen Grund, uns zunächst zu beugen, weil jeder in den zurückliegenden Jahren weithin angepaßt gelebt hat. Unrecht wurde von uns zu wenig als Unrecht benannt. Viele in unseren Gemeinden haben sich schweigsam zurückgezogen, weil sie in den Auseinandersetzungen in den Bereichen Schule, Berufsausbildung, Arbeitsplatz und Behörden kein Gehör fanden und sich auch nichts veränderte. Nicht selten waren Benachteiligungen und Zurücksetzungen die Folge eines klaren Bekenntnisses. Sicher haben wir auch zu wenig gebetet und geglaubt, daß der Herr einen Weg finden wird, um die Macht der Diktatur zu brechen. Jeder sollte sich nach seinen Versäumnissen fragen, seine Schuld und seinen Kleinmut bekennen« (ebd.).

Nach einer kontroversen Debatte wurden diese Texte auf der Bundesratstagung 1990 in Weißensee dem Protokoll als Anlage beigefügt.⁹ Diese denkwürdige Episode und die in ihrer Offenheit beeindruckenden Verlautbarungen sind die einzigen veröffentlichten Hinweise, daß die Frage nach einem Schulbekenntnis überhaupt thematisiert wurde. Dasselbe Bild ergibt sich aufgrund der Veröffentlichungen zur ersten gemeinsamen Bundesratstagung in Siegen 1991, auf der die Vereinigung beider Freikirchenbünde beschlossen wurde. Im Präsidentenbericht zum »Vereinigungs Bundesrat« fehlt jeder Hinweis auf die problematische Seite der DDR-Geschichte des BEFG.¹⁰ Vielmehr wird von den Gemeinden gegenseitige Solidarität im gesellschaftlichem Umbruch gefordert und ein behutsames Zusammenwachsen der Bünde in Aussicht gestellt. In der ersten gemeinsamen Sitzung des Bundesrates nach der Vereinigung dankte der Präsident, Walter Zeschky, den Gemeinden in den Neuen Bundesländern für ihre Standhaftigkeit in den letzten Jahrzehnten.¹¹ Einigungsfreude, die von nichts getrübt werden sollte, verhinderte eine frühe Rückbesinnung auf die jüngste Vergangenheit, geschweige denn ein ehrliches Fragen nach möglicher Schuld. Sehr schnell stellten sich dagegen die Bundesleitung und das Bundesmissionshaus auf die veränderte politische Situation ein, und man begann mit Verve die organisatorische Vereinigung in allen Bereichen durchzuführen. Neben den großen Aufgaben, die wohl annähernd die ganze Energie und Zeit der Hauptamtlichen in Anspruch nahmen, verblaßte die Geschichtsaufarbeitung zu einer Nebensächlichkeit. Diese Einstellung änderte sich erst durch die Debatte um das Staat-Kirche-Verhältnis zum Jahreswechsel 1991/92.

8 BEFG Vv 70/89

9 Sie fehlen allerdings im Berichtsheft 1991, so daß die westdeutschen Delegierten davon keine Kenntnis nehmen konnten.

10 Vgl. Berichtsheft 1992, 313ff.

11 Vgl. Berichtsheft 1991, 352.

In einem Leitartikel der Zeitschrift »Die Gemeinde« griff Günter Lorenz, der in der ehemaligen DDR als langjähriger Chefredakteur des Evangelischen Nachrichtendienstes tätig gewesen war, gängige Vorurteile gegen das umstrittene Buch von Gerhard Besier zur Stasi-Verstrickung der Kirchen auf und distanzierte sich von dieser Art »unseriöser« Geschichtsaufarbeitung.¹² Besonders bedenklich erscheint diese Verurteilung, da der Autor seine eigenen problematischen Beziehungen zu Staatsorganen der DDR damals nur sehr verhalten andeutete:

»Wer meint, die Kirchen hätten eigentlich nur in Dauerkonfrontation zu diesem Staat leben müssen und nicht ein erträgliches Staat-Kirche-Verhältnis anstreben dürfen, und ihnen deshalb Willfähigkeit vorwirft, der träfe auch meine eigene damalige Arbeit« (ebd.).

Während er die Gemeinsamkeit mit den anderen Kirchen in der DDR hervorhob, mit denen sie zusammen »in diesem Unrechtssystem gelebt und gelitten« hätten, formulierte er die Verstrickung mit dem staatlichen Überwachungsapparat und das Schuldigwerden nur im Irrealis. Auf diesen Artikel antwortete Kim Strübind als Pastor im BEFG und wissenschaftlicher Mitarbeiter von Gerhard Besier,¹³ indem er die pauschale Kritik durch Lorenz zurückwies und zur Selbstkritik riet, zumal die Akteneinsicht in der Gauckbehörde erst auf dem Wege der Beantragung sei.

Eine Umfrage des kirchlichen Nachrichtenmagazins *idea* erbrachte zu Beginn 1992, daß bisher kein Fall einer Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit im freikirchlichen Raum bekannt geworden sei.¹⁴ Deshalb sei keine generelle Überprüfung freikirchlicher Mitarbeiter geplant. Stasi-Verstrickungen sollten nach übereinstimmender Einschätzung der befragten Freikirchen seelsorgerlich (und damit vertraulich) behandelt werden. Erstaunlich weitgehend fiel das Urteil des damaligen Referenten für die sogenannte »Heimatmission«, Hans Guderian, aus, der im Februar 1992 erklärte, daß der BEFG zu unbedeutend gewesen sei, als daß die Stasi sich für ihn interessiert hätte.¹⁵ Diese Einschätzung verwundert im Blick auf das bekanntermaßen perfekt durchorganisierte Überwachungssystem der SED-Diktatur, das selbst kleinste politische und religiöse Bewegungen und, wie die kilometerlangen Aktenreihen der Gauckbehörde eindrucksvoll belegen, eine unübersehbare Menge von Einzelpersonen akribisch ausspionierte. Eine solche Wertung, die *vor* einer gründlichen Analyse der Aktenlage erfolgte bzw. sogar *vor* der genehmigten

¹² Vgl. G. Lorenz, Späte Triumphe?, Die Gemeinde, Nr. 5, 1992, 2. Auch die weiteren Artikel von Lorenz wiederholen seine deutliche Kritik an der derzeitigen Geschichtsaufarbeitung. Vgl. G. Lorenz, Aufarbeitung, Die Gemeinde, Nr. 20, 1992, 2.

¹³ Vgl. K. Strübind, Kirche, Stasi – und wir?, Die Gemeinde, Nr. 12, 1992, 6-7.

¹⁴ Vgl. Die Gemeinde, Nr. 5, 1991, 4. Zu diesem Urteil war die Bundesleitung-Ost bereits im Dezember 1990 gelangt. Da kein begründeter Verdacht auf Stasi-Kooperation vorlag, wurde von einer Überprüfung Abstand genommen. Vgl. Berichtsheft 1993, 305.

¹⁵ Vgl. Die Gemeinde, Nr. 5, 1991, 4.

Akteneinsicht des BEFG in der Gauckbehörde, war im historischen Sinne verfehlt und auch kirchenpolitisch höchst problematisch. Der BEFG, der bereits den Kirchenkampf des »Dritten Reiches« aufgrund seiner zahlenmäßigen Kleinheit und der verbreiteten apolitischen Grundeinstellung »im Windschatten« der beiden Großkirchen überdauert hatte, stellte sich bewußt oder unbewußt zum Jahresanfang 1992 eine Unbedenklichkeits-erklärung für die zweite deutsche Diktatur aus.¹⁶

Mehrere Freikirchen, darunter auch der BEFG, kamen deshalb zu der Ansicht, auf eine generelle Überprüfung ihrer Pastoren- und Mitarbeiterschaft verzichten zu können. Im BEFG empfahl man für potentielle »Einzelfälle« einer Kooperation mit der Stasi, daß sich die Betroffenen an ihre Seelsorger wenden sollten. Dennoch trug die erregte öffentliche Kontroverse über die Stasi-Verstrickungen der Großkirchen dazu bei, daß im Frühjahr 1992 von der Bundesleitung ein Ausschuß gebildet wurde, der sich mit der Aufarbeitung der Geschichte des Bundes in der DDR befassen sollte.¹⁷ Die Geschäftsstelle Ost berichtete im Präsidentenbericht an den Bundesrat 1992, daß der Ständige Ausschuß der Bundesleitung sich zum Jahreswechsel 1991/92 mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte für den Bereich des BEFG beschäftigt habe.¹⁸ Die Verantwortung dafür solle in den neuen Bundesländern liegen. Die Einladung zur Mitarbeit, die am 31.1.1992 an die Gemeinden in den Neuen Bundesländern verschickt wurde, erläutert die geplante Vorgehensweise, bei der eine differenzierte Einordnung aller Äußerungen und Maßnahmen in die geschichtlichen Zusammenhänge im Vordergrund stehen sollte.¹⁹ Hinsichtlich der Stasi-Verflechtung wurde den Gemeinden mitgeteilt, daß »nicht von vornherein auszuschließen« sei, daß es solche Beziehungen auch im BEFG gegeben habe. Dennoch endete der Brief mit einer selbstbewußten Erklärung:

»Unsere Geschichte ist nicht eine von der Stasi gesteuerte Geschichte gewesen, sondern eine Geschichte mit dem lebendigen Gott. Dabei gab es ohne Zweifel auch Schuld und Versagen« (ebd.).

In einem weiteren Brief an die Gemeinden in den neuen Bundesländern, der Anfang März in der Wochenzeitschrift des Bundes veröffentlicht wurde, nahmen die leitenden Verantwortlichen des ehemaligen BEFG in

¹⁶ Ebd: »Nach Ansicht von Pastor Hans Guderian [...] hat sich die Stasi bei ihren Aktivitäten auf die Landeskirchen konzentriert. Freikirchen hätten sich selten politisch geäußert und seien bei den Staatsorganen deshalb nicht in gleichem Maße als Bedrohung empfunden worden.«

¹⁷ Vgl. *U. Materne / G. Balders*, *Erlebt in der DDR. Berichte aus dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden*, Wuppertal / Kassel 1995, 15.

¹⁸ Vgl. *Berichtsheft 1993*, 305f.

¹⁹ Der polemische Unterton gegen eine von diesem Vorgehen abweichende Art von Geschichtsschreibung wurde in jeder offiziellen Stellungnahme des BEFG immer wieder betont.

der DDR, herausgefordert durch die öffentliche Diskussion, zur Geschichtsaufarbeitung und zur Stasi-Problematik Stellung.²⁰ Vehement wandte man sich darin gegen die gegenwärtige »Hysterie« in den Medien und die »einseitigen Bewertungen, Beurteilungen und Verurteilungen« in den ersten Veröffentlichungen zum Umgang der Kirchen mit der Stasi. Von dieser Geschichtsschreibung solle sich die des Bundes in Methodik und Quellenauswahl qualitativ unterscheiden. Dennoch wurde hier zugleich festgehalten, daß die »Verstrickung in das Netz der Stasi« nicht verdrängt werden dürfe (ebd.). Zur Zeit lägen dem Bund jedoch keine begründeten »Stasi-Verdächtigungen« vor.

Erstausnehmend mutet die Entscheidung an, wonach sich die Verantwortlichen weder für noch gegen die Einsichtnahme in die persönlichen Akten aussprechen wollten. Im folgenden Abschnitt des Briefes wird jedoch unverhohlen vor den psychischen Gefahren einer Einsichtnahme und deren ungunstigen Auswirkungen auf die Vertrauensatmosphäre im Bund gewarnt. Die Aufdeckung von Stasi-Verstrickungen wird damit indirekt als Vertrauensbruch gewertet. »Ein solcher später Sieg sollte dem bösen System der Stasi auch im nachhinein nicht vergönnt sein« (ebd.). Daß man hier den Opfern von Bespitzelungen das Recht streitig machte, aufzudecken, wer ihre Freundschaft und Kollegenschaft ausgenutzt und dadurch z.T. auch ihren Lebenslauf mitbestimmt hat, erscheint im Rückblick auf die nun vorliegenden Akten besonders befremdlich. Es ist nicht verständlich, weshalb man sich offensichtlich mehr darum sorgte, wie mit den »Tätern« seelsorgerlich verfahren werden sollte, als sich die Frage zu stellen, wie den »Opfern« Hilfe und Rehabilitation gewährt werden konnte.

Über den Fortgang der Geschichtsaufarbeitung berichtete Günter Lorenz im Februar 1993.²¹ Die Akten des Staatssekretariats für Kirchenfragen beschrieb er im Blick auf den BEFG als »wenig ergiebig und recht ernüchternd«. Das Material sei unvollständig, ungeordnet und wenig aussagekräftig. Das, wie bei Lorenz häufig zu beobachten, im Konjunktiv formulierte Fazit lautet: »Deutlich wurde immerhin, daß der Bund in staatlicher Sicht zu der Gruppe jener kleinen Kirchen und Glaubensgemeinschaften zählte, mit denen man offenbar relativ problemlos zurechtzukommen meinte« (ebd.). Daß zu diesem positiven Urteil des Staates ein akkommodiertes Verhalten der Verantwortlichen auf Bundes- und Gemeindeebene beigetragen haben könnte, wird von ihm nicht erwähnt. Im Berichtsheft zum Bundesrat 1993 erschien zum ersten Mal in der Bundesöffentlichkeit ein Bericht zur Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR, in dem ausführlich über die Einsetzung sowie Ziel und Zweck der neu gebildeten Arbeitsgruppe Auskunft gegeben

²⁰ Vgl. M. Sult / M. Zimmermann / U. Materne, »Um ehrliche Aufarbeitung bemüht« – Ein Brief an die Gemeinden in den neuen Ländern, Die Gemeinde, Nr. 10, 1992, 5.

²¹ Vgl. G. Lorenz, Geschichtsaufarbeitung kommt voran, Die Gemeinde, Nr. 6, 1993, 13.

wurde.²² Der Autor, Ulrich Materne – Bundesdirektor und späterer Bundesbeauftragter, der u.a. für die kontinuierliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte zuständig ist – gab darin zu, daß die öffentliche Diskussion zum Jahreswechsel 1991/92 ein wesentlicher Impuls für den Beginn der Arbeit gewesen sei.

Es bleibt daher festzuhalten, daß der Anstoß zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte des freikirchlichen Gemeindebundes zwei Jahre nach der politischen Wende keineswegs aus innerer Einsicht oder theologischer Motivation erfolgte, sondern durch das öffentliche Interesse an dieser Thematik ausgelöst wurde. In Maternes Bericht wird der methodische und in gewisser Weise auch ideologische Ansatz des weiteren Vorgehens deutlich. »Grundanliegen der Arbeitsgruppe ist es aber, Geschichtsaufarbeitung nicht auf das Staat-Kirche-Verhältnis oder auf die Frage der Stasi-Verflechtung zu reduzieren. Vielmehr möchten wir der Wirklichkeit entsprechend die Geschichte möglichst umfassend darstellen.«²³ In diesem Zitat ist die bewußte Distanzierung von einer »enthüllenden« Geschichtsschreibung nach Art der ersten Dokumentation zu den Stasi-Kontakten der Großkirchen enthalten. Die Arbeitsgruppe erhob den Anspruch, durch eine großangelegte Befragung von Zeitzeugen die Geschichte »umfassender« bzw. »wirklichkeitsnäher« darstellen zu wollen, als bisherige Veröffentlichungen es ihres Erachtens vermocht hätten. Das Verhältnis zur Staatssicherheit sollte dementsprechend zu einem Thema unter vielen und auf keinen Fall vorrangig behandelt werden. Dennoch wurde am 16.3.1992 seitens des Bundes Akteneinsicht in der Gauckbehörde beantragt.²⁴ Eine allgemeine Überprüfung freikirchlicher Mitarbeiter wurde weiterhin abgelehnt. »Nach Meinung der Arbeitsgruppe erscheint es nicht gerechtfertigt, das bisher bestehende Vertrauensverhältnis in der neuen gesellschaftlichen Situation aufzugeben und neues Vertrauen durch die Einsicht in die Akten der Staatssicherheit zu erwerben.«²⁵ Die Arbeitsgruppe lehnte es von Beginn an ab, im Rahmen ihrer Recherchen eine Überprüfung auf Stasi-Kontakte durchzuführen. Nach einer ersten Sichtung des Quellenmaterials des Sekretariats für Kirchenfragen berichtet Materne, daß die kleinen Religionsgemeinschaften mit stereotypen Formulierungen charakterisiert worden seien. Auffällig ist, daß er diese gängigen Einstufungen nicht im Wortlaut wiedergibt. Warum unterblieb eine erste Auseinandersetzung mit den staatlichen Einschätzungen, die Freikirchen seien als überwiegend »loyal« bzw.

22 Vgl. Berichtsheft 1993, 53-57.

23 A.a.O., 53.

24 Vgl. a.a.O., 55.

25 Ebd. Der Sinn des Satzes ist nicht ganz deutlich. Wahrscheinlich ist im zweiten Satzteil »Mißtrauen« anstatt »Vertrauen« zu lesen.

sogar »positiv« zu beurteilen?²⁶ Materne resümiert vielmehr nach einigen vagen Andeutungen: »Die zahlenmäßige Größe (Kleinheit) und die relativ geringen gesellschaftspolitischen Aktivitäten aufgrund theologisch-geistlicher Grundhaltungen kommen hier gewiß zum Tragen und wurden wohl so auch richtig eingeschätzt« (ebd.). Schließlich bestätigte sich der Eindruck, daß die Gemeinden »weder Helden im Widerstand noch vom Staat vereinnahmt gewesen sind.«

Bedenklicher als diese plakative Wertung ist seine folgende Einlassung, wonach das vorliegende Quellenmaterial nicht zum Ausdruck bringe, welche Konsequenzen der einzelne aus der Christusbefreiung gezogen habe »und zwar sowohl beim Engagement *im* und *für* den Staat DDR als auch bei der Verweigerung mit allen Folgen an Verzicht und Nachteilen« (ebd.). Hier werden die Kooperation mit der SED-Diktatur und die Resistenz sogar auf ein und dieselbe Ebene gezogen. Folgerichtig konnten beide Haltungen nach Meinung Maternes Konsequenz der Christusbefreiung sein! In dieser Wertung liegt die Gefahr, nicht mehr zwischen denen zu unterscheiden, die in der Diktatur den Mut hatten, »nein« zu sagen, und denen, die – aus welchen Gründen auch immer²⁷ – mit den staatlichen Stellen zusammenarbeiteten. Die Geschichtsaufarbeitung, die an der Aufdeckung von Stasi-Verflechtungen interessiert ist, wird im selben Bericht indirekt ein Drang unterstellt, »die prickelnde Frage zu klären, wer evtl. welchen ›Dreck am Stecken‹ hat« (ebd.).²⁸

Bis auf eine Ausnahme bestand die eingesetzte Arbeitsgruppe nur aus Vertretern des Ostbundes, worunter auch die in der DDR-Zeit leitenden Verantwortlichen waren.²⁹ Erst als drittes Ziel der Kommissionsarbeit wurde die Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit benannt, an deren Aufarbeitung die Gemeinden sehr interessiert seien.³⁰ Auffallend ist, daß

26 Vgl. W. Dietrich / H.-A. Ritter, Freie evangelische Gemeinden vor und nach der Mauer, Witten 1995, 31.

27 Durchaus auch zur eigenen Bereicherung und zum persönlichen Avancement, wie die Akten zeigen.

28 Nach den Angaben des Protokolls gab es zu diesem Bericht keine Rückfragen. In der Aussprache zum Präsidentenbericht, der die Geschichtsaufarbeitung nicht thematisierte, wurde jedoch vom Dozenten Stefan Stiegler bemängelt, daß die politische Wende dort als Wechsel von einem Unrechtsstaat zu einem Rechtsstaat bezeichnet werde. Er selbst betrachtete sie dagegen als Wechsel von der Diktatur des Proletariats zu einer parlamentarischen Demokratie! Ein verbaler »Schlagabtausch« zwischen ihm und dem Präsidenten über die Bedeutung des Machtfaktors »Geld« in der neuen politischen Situation führte, nach Solidaritätsbekundung anderer Delegierten aus den NBL, schließlich zu einer öffentlichen Entschuldigung des Präsidenten Walter Zeschky. – Die Erwähnung dieses Einzelfalles soll die veränderte Stimmungslage in der Bundesgemeinschaft illustrieren. Eine kritische Rückschau auf die DDR-Zeit war in dieser Lage weder gewünscht noch möglich.

29 Ulrich Materne (1989-1991 Generalsekretär des Bundes in der DDR); Manfred Sult (1981-1991 Präsident des Bundes in der DDR); Günter Lorenz (1960-1990 Schriftleiter »Wort und Werk« und 1958-1990 Chefredakteur des Evangelischen Nachrichtendienstes in der DDR).

30 Vgl. Materne / Balders, Erlebt, 15.

im Berichtsheft 1994 kein Bericht zur Kommissionsarbeit bezüglich der Aufarbeitung erschien. In der letzten Plenarsitzung des Bundesrates 1994 wurden im mündlichen Bericht durch Ulrich Materne außer der Ankündigung, daß sich die Veröffentlichung zur Geschichte des Bundes aufgrund fehlender Übersicht und unklarer Aktenlage verschiebe, keine neuen Erkenntnisse vermittelt.³¹ Unter den Berichten für den Bundesrat 1995 fehlt wiederum ein Kommissionsbericht der DDR-Arbeitsgruppe. Diese Tatsache mag um so mehr verwundern, als dieser Bundesrat durch Verlautbarungen und Veranstaltungen an den 50. Jahrestages des Kriegsendes erinnerte. Im Präsidentenbericht blickte man unter dem Motto »Erinnern und Gedenken gehören zum Leben« dann auch auf die Geschichte des Bundes im »Dritten Reich« zurück.³² Von der weitergehenden jüngsten Vergangenheit in den beiden getrennten Systemen der Nachkriegszeit war in diesem Zusammenhang nicht die Rede.³³ Innerhalb des Präsidentenberichts wurde jedoch bekanntgegeben, daß »in den letzten Monaten« die Akteneinsicht in der Gauckbehörde nunmehr möglich geworden sei.³⁴ Dennoch wird nun zum ersten Mal mitgeteilt, daß der BEFG »in das flächendeckende Überwachungssystem der DDR einbezogen war.« Die Rolle der Abteilung der Kriminalpolizei »K I«³⁵ zur Überwachung der kleinen Religionsgemeinschaften und ihre Methoden werden sachlich dargestellt. Mit Betroffenheit stellt der Verfasser des Berichts fest, daß es in den Gemeinden auch bewußte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem MfS bzw. der K I gab. Alle Informationen bleiben jedoch unkonkret. Auf die Rückfrage eines Delegierten zum Präsidentenberichts, wie mit der Schuld derjenigen umgegangen werden soll, die als »Inoffizielle Mitarbeiter« (IM) den Gemeinden geschadet hätten, antwortet Materne, daß zunächst die Kopien der Gauckbehörde vorliegen müßten, bevor man darauf reagieren könne. Erst im Dezember 1995, also fast vier Jahre nach ihrer Einsetzung, legte die Arbeitsgruppe eine erste Publikation vor, die den Weg des Gemeindebundes in der DDR anhand von Zeitzeugenberichten, Dokumenten und

³¹ Vgl. Berichtsheft 1995, 220.

³² Vgl. Berichtsheft 1996, 228ff.

³³ Warum in einer abendlichen »Jubelfeier« anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes vor dem internationalen Publikum weder eine Erinnerung an die schuldhafte Vergangenheit in der NS-Zeit vorkam, noch der schwerwiegenden Folgen des »Kalten Krieges« gedacht wurde, wird der Verfasserin immer ein Rätsel bleiben. Es kann angesichts der Trennung beider Teile Deutschlands, von denen der eine in einer sozialistischen Diktatur existierte, die ihren Bürgern mit Gewalt verbriefte Freiheits- und Menschenrechte verwehrte, doch wohl nicht von »50 Jahren Frieden« gesprochen werden. Diese unreflektierte Westperspektive muß ärgerlich stimmen.

³⁴ Vgl. Berichtsheft 1996, 232.

³⁵ Zur Abteilung K I ist zwischenzeitlich eine Monographie erschienen. Vgl. *Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Berlin und Sachsen* (Hgg.), Der Beitrag des Arbeitsgebietes I der DDR-Kriminalpolizei zur politischen Überwachung und Repression, Dresden / Berlin 1996.

Aufsätzen nachzeichnete.³⁶ Auf eine umfassende, kritische Auseinandersetzung mit diesem Werk soll hier verzichtet werden. Ausdrücklich wurde im »Lesebuch« des BEFG auf eine historische Systematisierung und Deutung verzichtet, die einer wissenschaftlichen Durchdringung des Materials vorbehalten werden sollte.³⁷ Den Leitartikel zur Staatssicherheit verfaßte Ulrich Materne. Auf ganzen zwei Seiten trägt Materne den Ertrag seiner Recherchen in der Gauckbehörde zusammen. Der Text deckt sich fast völlig mit dem entsprechenden Abschnitt im Bericht der Präsidenten von 1995. In seiner Darstellung verzichtet er auf jegliche Konkretionen. Entschuldigend verweist Materne vielmehr auf die zwar bereits im Januar 1992 beantragte Akteneinsicht in der Gauck-Behörde, die allerdings erst 1994/95 realisiert werden konnte. Nach Kenntnis der Autorin, die im Rahmen eines Forschungsprojekts seit Dezember 1995 das Material der Gauck-Behörde auswerten konnte, lagen Materne bereits damals umfangreiche Bestände an Sachakten vor, die eine Vielzahl aufschlußreicher Detailerkennnisse über die Überwachung des BEFG durch die Stasi ermöglicht hätten. Aus den unter Decknamen verfaßten Treffberichten in den Sachakten ist unzweifelhaft erkennbar, daß es in den Gemeinden, aber auch in der Pastorenschaft, Informanten der Stasi gegeben haben muß, die z.T. über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten mit der Stasi zusammengearbeitet hatten. Dennoch blieb Materne bei der Angabe von 35 Decknamen, die zwar aus den Sachakten entnommen werden könnten, deren Identität jedoch größtenteils noch nicht entschlüsselt sei. Er beklagte auch, daß die Aktenbestände der K I fast vollständig fehlten.

Im Berichtsheft zum Bundesrat 1996 findet sich nach zwei Jahren wieder ein Bericht zur Geschichtsaufarbeitung.³⁸ Abgesehen von der Präsentation des »Lesebuches« erwähnt Materne, daß die Bundesleitung im September 1995 einen »Beirat zur seelsorgerlichen Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR« berufen habe.³⁹ Aufgabe dieses Beirats seien Gespräche mit Betroffenen und deren seelsorgerliche Betreuung. Dem Gremium ging es daher auch nicht um eine Offenlegung der Stasi-Verflechtung innerhalb des BEFG. Materne betonte vielmehr erneut, daß die Geschichte des Bundes in der DDR nicht auf die Thematik der Stasi-Kontakte zu reduzieren sei. Dieser Einsicht habe auch die Veröffentlichung »Erlebt in der DDR« Rechnung getragen.

Was bleibt nach diesem kurzen Abriss der bisherigen Beschäftigung mit der Stasi-Problematik im BEFG festzuhalten? In den ersten Jahren nach

³⁶ Zur Kritik siehe meine Rezension in diesem Heft und in der KZG 9 (1996), 388-395.

³⁷ Vgl. *Materne / Balders, Erlebt*, 18.

³⁸ Vgl. Berichtsheft 1996, 74.

³⁹ Mitglieder des Beirats sind: Reinhard Assmann, Ulrich Materne, Adolf Pohl, Helmut Schneider und Manfred Sult. Es handelt sich hierbei wiederum, bis auf eine Ausnahme, ausschließlich um Mitglieder des ehemaligen BEFG in der DDR.

der politischen Vereinigung verzichtete der BEFG auf eine selbständige Erforschung des geschichtlichen Weges des Bundes in der DDR. Kritische Rückfragen nach der Anpassung des BEFG an staatliche Gegebenheiten in der SED-Diktatur wurden im Einigungsprozeß bewußt vermieden. Erst die öffentliche Debatte um die Stasi-Verflechtung der Großkirchen sowie die Kritik aus den eigenen Reihen führte zur Einsetzung einer entsprechenden Arbeitsgruppe. Die Verantwortung für die Aufarbeitung sollte dabei bei den Neuen Bundesländern (NBL) liegen. Die Geschichtsschreibung erhob den Anspruch, sich durch Methodik und eigene inhaltliche Schwerpunkte wohltuend von aller großkirchlichen »Enthüllungshistoriographie« zu unterscheiden. Die Akteneinsicht in der Gauckbehörde verzögerte sich jedoch in den folgenden Jahren. Gleichzeitig flaute zwischenzeitlich das Interesse an der Aufarbeitung ab, zumal andere Themen in der Bundesöffentlichkeit in den Vordergrund traten. Aber selbst nach der Lektüre der Sachaktenbestände in den Jahren 1994/95, aus denen man schließlich 35 Decknamen erschloß, konnte man sich seitens des BEFG nicht zu einer offensiven Darstellung des Verhältnisses zur Staatssicherheit durchringen, sondern blieb bei vagen Andeutungen und setzte schließlich ein seelsorgerliches Gremium ein. Erschwert und verzögert wird die Arbeit der Gauckbehörde im Bereich dieser Freikirche auch dadurch, daß der Beauftragte des BEFG nur unter den gesammelten *Decknamen* in den Archiven nachforschen läßt. Bis zu diesem Zeitpunkt beharrt der Bundesbeauftragte aus ethischen Gründen auf seiner Entscheidung, nicht unter den Klarnamen der Verantwortlichen bzw. der Verdächtigen zu recherchieren. Lange Zeit hat die Gauckbehörde nur im Fall von »Opferakten« unter Decknamen Nachforschungen betrieben, und auch gegenwärtig ist die Recherche allein unter Decknamen aufgrund der erstellten Bestandslisten nicht nur äußerst zeitaufwendig, sondern überdies kaum möglich.

Der Vollständigkeit halber muß an dieser Stelle jedoch auch auf die Bemühungen des »Vereins zur Förderung der Erforschung der freikirchlichen Geschichte und Theologie« (VEfGT) hingewiesen werden, der 1994 seine Jahrestagung unter dem Thema »Kleinere Religionsgemeinschaften im Rahmen der Religionspolitik der DDR« abhielt.⁴⁰ Fachreferate und ausführliche Stellungnahmen der ehemaligen Entscheidungsträger der verschiedenen Freikirchen in der DDR lieferten auf diesem Symposium den Anlaß für ausführliche Diskussionen. Reinhard Assmann referierte über den Stand der Aufarbeitung innerhalb des BEFG und präsentierte erste exemplarische Ergebnisse zur »Friedenthematik« in den verschiedenen Phasen der DDR.⁴¹ In seiner Darstellung, die vor allem die me-

⁴⁰ Vgl. *VEfGT* (Hg.), *Freikirchenforschung* Nr. 4, 1994.

⁴¹ Vgl. R. Assmann, »Schicket euch in die Zeit« – Zum Stand der Aufarbeitung der Geschichte des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (BEFG) in der DDR, in: *VEfGT* (Hg.), *Freikirchenforschung* Nr. 4, 1994, 15-35.

thodische Vorgehensweise der eingesetzten Arbeitsgruppe vorstellte, bemerkte er, daß die »Stasi-Problematik« in der Wochenzeitschrift des Bundes im Lauf des Jahres 1992 diskutiert worden sei, wenn auch im Vergleich mit anderen kirchlichen Medien sehr zurückhaltend. Interessanterweise erwähnt er bezüglich der Zielsetzung der Aufarbeitung ein Motiv, das in keiner anderen Veröffentlichung des Bundes begegnet: »Darüber hinaus wird die Arbeit von den (unausgesprochenen) Zielsetzungen begleitet, im Blick auf die Ostgemeinden die Gefahren und Fakten der Anpassung bewußt zu machen und zu helfen, diese zu verarbeiten [...]«⁴² Als Folge dieses Symposions wurde im selben Jahr die Arbeitsgruppe »Geschichte der Freikirchen in der DDR 1945-1990« gegründet, die sich seither durch jährlich stattfindende Tagungen und Seminare um eine gemeinsame Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit in den Freikirchen bemüht. Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe fand im Oktober 1995 eine gut besuchte Tagung zum Thema »Staatliche Einflußnahme auf die Freikirchen in der DDR« statt, auf der u.a. Gerhard Besier zur Religionspolitik des SED-Staates gegenüber den Freikirchen referierte.⁴³ Clemens Vollnhals, Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde, führte in die Struktur und Arbeitsweise der Hauptabteilung XX/4 des MfS ein. Auch die Initiative »Gemeinde und Weltverantwortung« im BEFG widmete sich 1993 anläßlich der Tagung »Widerstand und (V)Ergebung« der Aufarbeitung der Geschichte des BEFG in der DDR.⁴⁴

Auf diesem Hintergrund versucht die vorliegende Untersuchung, anhand eines besonders eklatanten Falls einen ersten Zugang zu einem anderen Umgang mit der Stasi-Verflechtung im BEFG zu eröffnen. Die Verfasserin ist sich bewußt, daß es sich hierbei nur um einen ersten Schritt handelt, der durch weiterführende Forschungen ergänzt werden muß. Viele Seitenrecherchen konnten noch nicht vorgenommen werden, so daß die Analyse anhand der Stasi-Akten bisher nur ein Teilportrait der Vorgänge ermöglicht. Dennoch werden anhand der Vorgänge die Zusammenarbeit von offiziellen und konspirativen Institutionen des SED-Staates im Einsatz gegen die Freikirchen erkennbar. Die Strukturen der Überwachung im freikirchlichen Bereich können so festgestellt und paradigmatisch ausgewertet werden.

42 A.a.O., 18.

43 Vgl. G. Besier, Zur Religionspolitik des SED-Staates gegenüber den Freikirchen, ZThG 1 (1996), 64-79.

44 Vgl. S. Rosemann, Die Gemeinde Nr. 41, 1993, 4f.

2. Der »Fall Kautz«

In der ersten Veröffentlichung der Arbeitsgruppe des BEFG sticht der Aufsatz von Günter Balders, Kirchenhistoriker am Theologischen Seminar des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, zur Präsidentenwahl 1969 durch seine präzisen Recherchen von den anderen, qualitativ stark differierenden Beiträgen hervor.⁴⁵ Er widmet sich einem besonders interessanten Ausschnitt der im Vergleich mit den Großkirchen auf den ersten Blick wenig aufregenden Freikirchengeschichte in der DDR. Die spektakulären Vorgänge anlässlich der Wahl des baptistischen Präsidenten 1969, die eine beabsichtigte Einflußnahme staatlicher Stellen auf personelle Neubesetzungen des Bundes sowie die ideologische Offenheit einzelner Pastoren und Mitarbeiter des Bundes für eine engere Kooperation mit dem Staat belegen, sind eine Schlüsselstelle zur Beurteilung des Verhältnisses von BEFG und Staat. Durch quellenkritische Arbeit gelingt es Balders, den Verlauf der Ereignisse um die umstrittene Nachfolge des ersten Ostvorsitzenden des BEFG, Herbert Weist, nachvollziehbar zu schildern.

Die Auffindung der IM-Akte von Herbert Kautz, einem der Hauptbeteiligten, wirft jedoch nun ein neues Licht auf die »Präsidentenwahl«.⁴⁶ Herbert Kautz war Pastor des BEFG in Halle und Mitglied des Bundesratssausschusses, einem Kontrollgremium für die Bundesleitung.⁴⁷ Balders stellt ihn als einen mit dem DDR-Staat kooperierenden und politisch engagierten Christen vor, der für eine engere Zusammenarbeit des Bundes mit den staatlichen Organen plädierte. Aus den biographischen Unterlagen der Stasi wird ersichtlich, daß Kautz im Rückblick eine seit 1946 feststellbare »progressive Haltung« attestiert wird.⁴⁸

Am 10.7.1967 fand ein erstes Kontaktgespräch der Stasi mit Kautz in Halle statt.⁴⁹ Es sollte geprüft werden, ob die Kontaktperson (KP) »Herbert« sich für die Führung als GI (= »Geheimer Informator«) eignete.

⁴⁵ Vgl. G. Balders, Die Präsidentenwahl 1969 – ein Kapitel für sich, in: *Materne / Balders, Erlebt*, 87-109.

⁴⁶ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. I und II, Akte zu IM »Herbert«.

⁴⁷ Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 90. Kautz war Vorsitzender der Arbeitsgruppe »Christliche Kreise« beim Bezirksausschuß Halle der Nationalen Front. Er wurde 1965 zum Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung Halle gewählt. Die Abgeordnetentätigkeit nahm ihn so in Anspruch, daß er in Konflikte mit seiner Gemeinde geriet. Vgl. BStU 10036/78 Bd. I, 14ff; vgl. AOG 2987/80, 16.

⁴⁸ Vgl. BStU AOG 2987/80 Bd. I, 19. Der Stasi bzw. zunächst der K I war bei ihren Recherchen zur Person auch die SS-Mitgliedschaft von Herbert Kautz (1934-36) nicht verborgen geblieben. In einem Gespräch gab Kautz seine NS-Vergangenheit gegenüber der K I in Halle zu. Vgl. AOG 2987/80, 19f. Hierin sahen die Verantwortlichen, wie andere Fälle beweisen, ein geeignetes Druckmittel gegen den Umworbenen. Seine uneingeschränkte Bereitschaft zur Zusammenarbeit machte jedoch jegliche Repression seitens der staatlichen Organe überflüssig.

⁴⁹ Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. I, 10ff.

Die Stasi war wohl aufgrund seines politischen Engagements auf ihn aufmerksam geworden und bewertete eine Zusammenarbeit mit ihm als vielversprechend, da er Pastor in Halle und zugleich Funktionär auf der Leitungsebene des BEFG war.⁵⁰ Bereits bei diesem ersten Treffen war Kautz bereit, äußerst vertrauliche Informationen über den BEFG weiterzugeben. Er empfand seine damalige Stellung so, daß er etwa vom Bundesvorsitzenden Herbert Weist immer vorgeschoben würde, wenn es darum ginge, zu politischen Fragen Stellung zu nehmen. In diesem Zusammenhang bemerkte Kautz, daß der BEFG unter einem anderen Vorsitzenden sich stärker politisch betätigen und sich damit auch besser in der Gesellschaft darstellen würde. Kautz erklärte sich zu einer weiteren Zusammenarbeit bereit und akzeptierte offensichtlich die Forderung nach Konspiration (Schweigepflicht). Beim zweiten Treffen am 15.8.1967 stimmte er zu, sich mit Mitarbeitern der Stasi anlässlich der »Theologischen Woche« in Berlin zu treffen.⁵¹ Bei dieser Gelegenheit wurde auch deutlich, daß es der Informant eher vorziehen würde, mit der Stasi zusammenzuarbeiten als mit den regionalen Organen.⁵² Der Hauptmann der Stasi, Seltmann, empfahl ihm daraufhin, dem Volkspolizeilichen Kreisamt Halle keine Informationen über seine Kooperation mit der Stasi weiterzugeben.

Demnach wurde Kautz von Anfang an von der Hauptabteilung XX/4 der Stasi als Informant geworben und gesteuert. Anhand dieses Vorgehens der Staatssicherheit läßt sich das damalige Interesse des MfS an einer Ausspionierung der Leitungsebene des BEFG erkennen. Gleichzeitig geriet Kautz durch sein politisches Amt auch in das Visier der K I in Halle. Man führte mehrere Gespräche mit ihm und registrierte ihn als Kontaktperson »Bruder« oder »Herbert«⁵³.

Am 28.11.1967 wurde Kautz als GI auf der Linie Hauptabteilung XX/4 der Stasi für den Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) angeworben.⁵⁴ Ende 1969 wurde er als IMV⁵⁵ »Herbert« von der Stasi geführt⁵⁶. Von 1967-71 steuerte der Führungsoffizier Seltmann den IM. Danach übernahm ihn der IMF⁵⁷ Beckmann für die Jahre 1971-76. Im Jahr 1976 brach die Hauptabteilung der Stasi schließlich den Kontakt mit ihm, bis auf einzelne Begegnungen, ab und überstellte ihn der Verantwortung der K I in Halle⁵⁸. Mit dem Wechsel in den Ruhestand 1978 wurde auch seine verbindliche IM-Tätigkeit für die K I beendet. Kautz

50 Vgl. a.a.O., 2.

51 Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. I, 22.

52 Vgl. a.a.O., 23.

53 Vgl. BStU AOG 2987/80, 9.17.19.

54 Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. I, 24.

55 IMV = »Inoffizieller Mitarbeiter zur Vorgangsbearbeitung«

56 Vgl. a.a.O., 47.

57 IMF = »Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung«

58 Vgl. a.a.O., 56; BStU AOG 2987/80, 24.

arbeitete dennoch bis zu seinem Tod als Kontaktmann seiner Dienststelle weiter (als IKK bzw. KK)⁵⁹.

Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Überwachungsorganen setzte Mitte der 60er Jahre in Halle ein. Die Stasi gab Anfang Dezember 1967 in einer ersten Beurteilung seine progressive Einstellung zum Staat als Ausgangspunkt der Werbung an.⁶⁰ Im Oktober 1965 kandidierte Kautz als CDU-Mitglied für die Stadtverordnetenversammlung in Halle. Sein »Wort zur Wahl« belegt beispielhaft seine politische Überzeugung, die von einer klaren Stellungnahme im Sinne der SED-Friedensideologie und der damit einhergehenden Diffamierung westdeutscher Politik durchzogen ist. Dementsprechend führt er über die in der Bundesrepublik durchgeführten Wahlen aus:

»Ihre Ergebnisse lassen deutlich erkennen, daß wir unseren westdeutschen Brüdern und Schwestern ein unüberhörbares Friedenszeugnis einfach schuldig sind. Ist es nicht tragisch für unsere Nation und gefährlich für die ganze Welt, daß durch die Fehlentscheidung vieler westdeutscher Bürger am 19. September in Bonn Kräfte am Ruder blieben, die die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs nicht anerkennen, sondern verändern wollen? Daß sie dabei das Risiko eines neuen Krieges bewußt einkalkulieren, beweist ihr Drängen nach einem Mitverfügungsrecht über Atomwaffen wie die Etablierung des Notstandsstaates. [...] Durch die Unterstützung unserer Friedenspolitik wie durch die Stärkung unserer sozialistischen Demokratie, für die es sich heute neu zu entscheiden gilt, tragen wir zur Verwirklichung jener elementaren Grundforderung bei, [...] daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg entfesselt wird!«⁶¹

Die Basis der Zusammenarbeit sei laut Bericht der Stasi seine »Überzeugung«. Daher sei er auch zu Berichten aus der Bundesleitung des BEFG bereit. Hier findet sich ebenfalls der für die Deutung seiner persönlichen Motivation bemerkenswerte Hinweis, daß sich Kautz im BEFG als »unter Wert« eingeschätzt empfinde. In den Treffberichten, die kontinuierlich – wenn auch mit zeitlichen Zäsuren – seit 1967 vorliegen, zeigt sich die große Bereitwilligkeit des Informanten, über seine Kirche und ihre Amtsträger umfassend Auskunft zu geben. Kautz verpflichtete sich, wie die Quellen belegen, offenbar ohne Bedenken zur Geheimhaltung und ließ sich uneingeschränkt auf die Methoden der Konspiration ein.⁶²

⁵⁹ Vgl. a.a.O., 131. IKK = »Inoffizielle Kontaktperson der Kriminalpolizei«; KK = »Kriminalpolizeiliche Kontaktperson«

⁶⁰ Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. I, 2.64. Kautz hielt die Regeln der Konspiration konsequent ein.

⁶¹ H. Kautz, Mit allen Menschen guten Willens der Stadt Bestes suchen! Ein Wort zur Wahl, Neue Zeit, Zentralorgan der CDU (10.10.1965). Vgl. dazu auch Assmann, Schicket euch in die Zeit, 25f.

⁶² Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 15. Kautz war zur Verwendung von Decknamen und Kennwörtern (»Herbert aus Halle«) bei Telefongesprächen und zu konspirativen Treffen in Hotelzimmern und Gaststätten bereit.

Schon nach wenigen Kontaktgesprächen berichten seine Gesprächspartner über ein gefestigtes Vertrauensverhältnis.

Sein eindeutig staatsbejahendes politisches Profil, zu dem er sich öffentlich bekannte,⁶³ führte, wie die Akten zeigen, schon 1966 zu ersten Auseinandersetzungen mit seiner Gemeinde. Kautz klagte sich gegenüber einem Vertreter des Stadtrates darüber aus, daß seine Gemeinde ihn wegen seiner »progressiven« Haltung ablehne.⁶⁴

Der Konflikt spitzte sich so zu, daß die Bundesleitung zur Vermittlung herangezogen werden mußte, die sich schließlich für seinen Verbleib in Halle aussprach. Bereits bei den frühen Kontaktgesprächen überrascht, mit welcher Offenheit Kautz Informationen über gemeinde- und bundesinterne Vorgänge den staatlichen Stellen weitergab. Bei einem Gespräch im Januar 1967 ließ sich Kautz auch gegenüber der K I bereitwillig zu einer kritischen Einschätzung des Präsidenten Herbert Weist bewegen. Er sieht ihn als ängstlichen Kirchenfunktionär, der sich nicht sicher sei, ob der DDR-Staat längerfristig Bestand haben werde, und deshalb eine klare, öffentliche Stellungnahme zum sozialistischen Staat vermeide.⁶⁵ Kautz berichtet der Stasi im Jahr 1967 von der Theologischen Woche, sowie von Bundesrats- und Bundesleitungssitzungen. Wiederum kritisiert er dabei die leitenden Verantwortlichen. Herbert Weist sei aufgrund seiner prinzipiell unpolitischen Grundeinstellung gegen das politische Engagement von Kautz. Er übergab seinem Führungsoffizier Material zur Wehr- und Friedensfrage, da das MfS an der Position des BEFG interessiert war.

Wiederholt bezichtigte er den damaligen Generalsekretär des Bundes, Rolf Dammann, der politischen Abstinenz. Diese Vorwürfe gegen Dammann, die bis hin zu äußerst despektierlichen Äußerungen reichen, werden verstärkt und erreichen in der Vorbereitungsphase auf die Präsidentenwahl ihren Höhepunkt.⁶⁶ Im einem Treffbericht wird vermerkt, daß die staatlichen Gesprächspartner Kautz aufgrund seiner offensiven Haltung zu größerer Vorsicht und taktischem Einfühlungsvermögen gegenüber seinen Glaubensgeschwistern ermahnten.⁶⁷ Am 17.1.1968 berichtete Kautz anläßlich eines Treffens mit seinem Führungsoffizier in Halle über den Unfall des Präsidenten Weist, der es fraglich erscheinen lasse, ob er seine Funktion als Bundesvorsitzender noch weiter ausüben könne.⁶⁸ Der Informant wurde daraufhin beauftragt, die Stasi sofort zu in-

63 Vgl. BStU AOG 2987/80, Bd. I, 14. Referat vor einer Einwohnerversammlung vom 14.9.1965, in dem Kautz heftig gegen die BRD polemisierte; vgl. a.a.O., 16. Bei seiner Kandidatur bekannte er sich offen zur Politik der DDR. »Er ließ auch durchblicken, daß er deshalb von einigen anderen Glaubensbrüdern geächtet wird« (ebd.).

64 Vgl. a.a.O., 13. Das Gespräch fand am 9.9.1966 statt.

65 Vgl. a.a.O., 20. Das Gespräch fand am 17.1.1967 statt.

66 Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. II, 18ff.

67 Vgl. a.a.O., 28.

68 Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. II, 26.

formieren, wenn die Frage der Nachfolge im Präsidentenamt akut werde. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt – Weist starb im April 1968 und die Bundesleitungswahlen erfolgten ein Jahr später – wußten demnach die Überwachungsorgane des Staates über den potentiellen Wechsel an der Spitze des Bundes Bescheid. Damit verschaffte Kautz den staatlichen Stellen die Möglichkeit, frühzeitig über mögliche Mittel zur Intervention bei der neuen Amtsbesetzung zu beraten. Bei demselben Treffen informierte Kautz seinen Gesprächspartner auch über seinen Vorschlag an die Bundesleitung, einen Arbeitskreis zu bilden, »in dem alle gewählten Volksvertreter, die Baptisten sind«, vereinigt werden sollten, um die politische Tätigkeit des BEFG zu verbessern⁶⁹. Diese Initiative sei von der Bundesleitung bisher »nur kühl ohne Stellungnahme aufgenommen« worden. Die Stasi empfahl daraufhin dem Informanten, bei solchen Vorstößen vorsichtig zu sein und sich nicht den Weg zu verbauen. »Wichtiger ist, wenn er das Vertrauen der Leitung besitzt und zu internen Beratungen hinzugezogen wird und uns über deren Inhalt berichten kann«⁷⁰. Es ist erstaunlich und gleichzeitig beschämend, welchen Grad an Übereinstimmung und Vertraulichkeit die Treffberichte widerspiegeln. Kautz war als Pastor des BEFG offensichtlich zu jedem Vertrauensbruch gegenüber seiner Kirche bereit, um seine innerkirchliche Karriere mit staatlicher Hilfe zu fördern.

Kautz berichtete in Gesprächen im ersten Vierteljahr 1968 u.a. über Unterredungen mit Manfred Sult und Rolf Dammann zu Wehrdienstfragen. Er übergab seinem Führungsoffizier den internen Haushaltsplan des Bundes zur Ansicht und informierte ausführlich über die Haltung der Bundesleitung zur DDR-Verfassung. Direkt im Anschluß an eine Sitzung der Kommission des BEFG vom 12.3.1968, die eine Stellungnahme zur Verfassung formulieren sollte, traf er sich mit seinen staatlichen Gesprächspartnern und berichtete eingehend über die Resultate.⁷¹ Die positive Einstellung der Bundesleitung zur Verfassung und zum Volksentscheid war daher den staatlichen Stellen bekannt. Wiederholt wird in den Treffberichten deutlich, daß Kautz die Ansicht vertrat, seine Person und seine politischen Verdienste würden seitens der Bundesführung nicht hinreichend ästimated.⁷² Deshalb wollte er sich durch die Schaffung des Arbeitskreises eine Basis im BEFG schaffen. In der Bundesleitungssitzung vom 1.3.1968 hatte Kautz trotz der Warnung der Stasi eine Zusammenkunft der »Brüder, die stark in der Öffentlichkeitsarbeit ste-

69 Vgl. a.a.O., 28.

70 A.a.O., 29.

71 Vgl. a.a.O., 30.38.

72 Vgl. a.a.O., 3.14. Seine Auszeichnung durch den Nationalrat mit einer Medaille wurde, wie er voller Bitterkeit bemerkt, von der Bundesleitung völlig ignoriert (vgl. a.a.O., 25).

hen«⁷³ für den Frühsommer angekündigt. Der Arbeitskreis unter der Leitung von Kautz wurde schließlich am 18.10.1968 von der Bundesleitung als ständige Einrichtung eingesetzt. »Damit sanktionierte die Bundesleitung in gewisser Weise den bisher informellen Kreis, um ihn zugleich durch die Delegation der Mitglieder ihrer Abteilung Allgemeines in den AKÖ [Arbeitskreis für Öffentlichkeitsfragen] einigermaßen unter Kontrolle zu halten.«⁷⁴ Welche Auswirkungen seine Informationsweitergabe hatte, zeigten die weiteren Entwicklungen in Berlin.

Hans Wilke, leitender Mitarbeiter im Staatssekretariat für Kirchenfragen, befragte Dammann am 29.4.1968 vor der vorgesehenen Tagesordnung zum anstehenden Wechsel im Präsidentenamt.⁷⁵ Dammann präsentierte dem Staatssekretär daraufhin Herbert Morét als interimistisch gewählten Vorsitzenden der Bundesleitung, der ihm demnächst persönlich vorgestellt werden sollte. An diesem Vorgang wird bereits die Zusammenarbeit und gegenseitige Zuarbeit von Staatssekretariat und Stasi sichtbar, die sich im weiteren Verlauf der Affäre bestätigte. Ein komplexes Zusammenspiel von Staatssekretariat für Kirchenfragen, MfS und K I ist dadurch eindeutig für den Bereich der Freikirchen und kleinen Religionsgemeinschaften belegt. Balders vermerkt, daß der staatlichen Seite wenige Wochen nach dem offiziellen Gespräch Dammann / Wilke »bri-sante bundesinterne Informationen« vorlagen, die eine staatliche Einflußnahme möglich machten.⁷⁶ Aufgrund der Treffberichte ergibt sich ganz eindeutig, daß Kautz detailliert über die entscheidenden Bundesleitungssitzungen berichtete und die staatliche Seite dementsprechend instruiert vorgehen konnte. Kautz berichtete dem MfS am 21.5.1968 minutiös über den Verlauf der »gesamtdeutschen« Bundesleitungssitzung, die vom 20.-21. Mai stattgefunden hatte.⁷⁷ Dabei sparte er diffamierende Angriffe auf den damaligen Bundesdirektor des Westbundes, Gerhard Claas, vor allem aber gegen Dammann nicht aus. Letzterer dächte und agierte im Grunde genommen entsprechend seiner gesamtdeutschen Perspektive für den BEFG. Dammann versuche, seine »Alleinherrschaft« nach dem Tode von Herbert Weist zu festigen, und sei darüber hinaus politisch abstinent. Als möglicher Nachfolger im Präsidentenamt sei Adolf Pohl im Gespräch. Kautz selbst werde für dieses Amt als zu »fortschrittlich« eingeschätzt. Zur Abstimmung des weiteren Vorgehens werde sich am 22.6.1968 der Arbeitskreis der politisch engagierten Kräfte des BEFG treffen, dessen Gründung er der Stasi bereits im Januar avi-

73 Balders, Präsidentenwahl, 90.

74 A.a.O., 91.

75 Vgl. a.a.O., 87, Anm. 3.

76 Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 88.

77 Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 51ff (handschriftlich); 59ff (maschinenschriftlich). Kautz klärte seine Gesprächspartner über den Modus der Einreise der westdeutschen Teilnehmer auf, die einzeln die Grenze überquerten, um die gesamtdeutsche Ausrichtung der Sitzung gegenüber dem Staat zu verschleiern (vgl. a.a.O., 52).

siert hatte. Der Bericht über die Bundesleitungssitzung veranlaßte die Stasi, eine Information an andere Dienststellen weiterzugeben.⁷⁸ Dort heißt es: »Insgesamt ist einzuschätzen, daß beabsichtigt war, den zur gleichen Zeit in der Hauptstadt der DDR und in Westberlin tagenden Bundesleitungen Ost und West einen ›gesamtdeutschen Charakter‹ zu geben. Es wird vorgeschlagen, daß der Staatssekretär für Kirchenfragen mit den leitenden Funktionären der ›Baptisten‹ in der DDR eine Aussprache führt, um solche ›gesamtdeutschen‹ Tagungen zu unterbinden, ähnlich wie dies in bezug auf die ›Evangelische Kirche in Deutschland‹ geschehen« sei.⁷⁹ An dieser Anweisung kann man zum einen das direkte Zusammenwirken von MfS und Staatssekretariat für Kirchenfragen für den Bereich der kleinen Religionsgemeinschaften und Freikirchen illustrieren. Zum anderen zeigt sich in der angestrebten Unterbindung gesamtdeutscher Tagungen, daß die Kirchenpolitik gegenüber den Freikirchen analog zu den Großkirchen gestaltet wurde.

Ein Bericht der K I in Halle vom 10.6.1968 belegt, wie die Informationen von Kautz seitens der K I aufgegriffen und verarbeitet wurden.⁸⁰ Die Zielsetzung des Arbeitskreises, die progressiven politischen Kräfte zu vereinen und ihren Einfluß auf den Bund und die Bundesleitung zu verstärken, wird exakt wiedergegeben. Auch die Beratung zur Neuwahl des Präsidenten wird folgerichtig als Tagesordnungspunkt erwähnt. Entgegen der bereits den Treffberichten entnommenen Aussagen, wonach Kautz die Gründung des Arbeitskreises schon ein halbes Jahr vorher der Stasi angekündigt hatte, wird jedoch nicht Kautz als Initiator genannt, sondern der Volkskammerabgeordnete Walter Riedel.⁸¹ Der Prediger aus Halle (= Kautz, der aber namentlich nicht erwähnt wird) sei mit der Leitung beauftragt worden. Es fällt nicht leicht diese offensichtliche Verschiebung der Kompetenzen zu deuten. Entweder ging die Anregung zur Bildung des Arbeitskreises tatsächlich auf Riedel zurück, wonach Kautz gegenüber der Stasi bzw. der K I die Unwahrheit gesagt hätte, vielleicht um ihr gegenüber seine führende Rolle zu protegieren. Oder Riedel und Kautz verständigten sich intern über ihre Funktionen bei der Gründung des Arbeitskreises. Wahrscheinlicher ist, daß Kautz aufgrund der Warnungen seines Führungsoffiziers und taktischer Erwägungen nicht die Rolle des Initiators gegenüber dem BEFG übernehmen wollte und dementsprechend Riedel dafür gewann oder instruierte. Gleichzeitig untermauerte Kautz jedoch seinen Führungsanspruch durch die Übernahme der Leitung des Arbeitskreises. Auch Balders bezweifelt die Richtigkeit der Angabe, nach der Riedel zuerst die Initiative ergriffen habe.⁸² Er

78 Vgl. a.a.O., 65f.

79 A.a.O., 66.

80 Vgl. BStU MfS HA XX/4 927, 31f.

81 Zur Person Walter Riedels vgl. *Balders*, Präsidentenwahl, 89.

82 Vgl. a.a.O., 90.

resümiert: »Offensichtlich wollten Kautz und Riedel nun die Gunst der Stunde nutzen und sowohl richtungsmäßige als auch personelle Veränderungen auf den Weg bringen« (ebd.). Nach der bisherigen Analyse muß man wohl in Kautz den Hauptverantwortlichen sehen, der Riedel zur Mitarbeit gewann. Inwieweit Riedel über die Beziehungen von Kautz zum MfS Kenntnis hatte, muß vorerst offen bleiben.

Kautz berichtete in dieser Phase kontinuierlich aus der Bundesleitung, wobei sich die Polemik gegen Dammann fortsetzte. In aller Deutlichkeit machte er gegenüber der Stasi seinen Willen deutlich, Präsident zu werden, wobei er sich der Solidarität der jüngeren Pastorenschaft sicher war.⁸³ Er rief die staatlichen Stellen dazu auf, ihn darin zu unterstützen und mittels Drohungen und Repressionen – wie etwa bei landeskirchlichen Bischofswahlen – die Stimmung im BEFG zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Über die Gründung des Arbeitskreises am 22.6.1968, zu dem Dammann von der Bundesleitung delegiert worden war, äußert er sich ambivalent. Während Dammann s.E. positive öffentliche Stellungnahmen seitens des BEFG zum DDR-Staat verhindern wolle, hätte sich Walter Riedel als durchaus positiv erwiesen.⁸⁴ Am 6.9.1968 konnte Kautz seine staatlichen Gesprächspartner mit der Information beruhigen, daß die Bundesleitung in ihrer letzten Sitzung nicht über den Einmarsch der Staaten des Warschauer Pakts in die ČSSR diskutiert habe und dazu auch keine Stellungnahme zu erwarten sei. Im privaten Gespräch hätte ein Mitglied der Bundesleitung, Manfred Sult, vielmehr vollstes Verständnis für die militärische Intervention zum Ausdruck gebracht.⁸⁵ Günter Lorenz versicherte Kautz, daß auch die westdeutsche Leitung der Baptisten keine Stellungnahme bzw. Verhaltenslinie zu den Ereignissen in der ČSSR herausgegeben habe.

Im Treffbericht vom 21.11.1968 wurden die direkten Maßnahmen zur Beeinflussung der Präsidentenwahl besprochen. Kautz hielt den »Interimsvorsitzenden« und damit aussichtsreichsten Kandidaten, Herbert Morét, für ungeeignet, da er Dammann »hörig« sei. Daraufhin fragten seine Gesprächspartner, wie sie auf den Entscheidungsprozeß einwirken könnten. Kautz fand sich bereit, konkrete Vorschläge zu machen: 1. Walter Riedel sollte für einen Artikel gewonnen werden. Darin sollte Riedel auf die Verantwortung der Baptisten in der DDR eingehen »und auf die Bedeutung eines neuen Vorsitzenden und dessen Qualitäten« hinwei-

83 Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 68f. Die möglichen Nachfolger des Vorsitzenden der Vereinigungsleitung Sachsen vertraten s.E. den Standpunkt, »daß er die Leitung des Bundes übernehmen sollte« (a.a.O., 69).

84 Vgl. a.a.O., 70.

85 Vgl. a.a.O., 73. Ob diese Aussage bereits aus Verdachtsgründen gegen Kautz entstand, muß offen bleiben. Ein Zeitzeuge, Klaus Heinrich, schreibt in diesem Sinne über Kautz: »Da wir um seine intensiven Kontakte zu den Staatsorganen wußten, wagte keiner, ihm hart zu widerstehen.« *Balders*, Präsidentenwahl, 103.

sen.⁸⁶ Er werde darüber hinaus Kautz für die Funktion des Präsidenten vorschlagen. 2. Mitglieder der Bundesleitung sollten von der staatlichen Seite unter einer Legende angesprochen und mittels Drohungen zur Unterstützung der Kandidatur von Kautz gebracht werden. Es ist selbst im nachhinein erschütternd, wenn man die perfide Anleitung zur Kenntnis nimmt, mit der Kautz seine Glaubensgeschwister den Staatsorganen auslieferte, um seine eigene Wahl durchzusetzen. Die unmittelbaren Auswirkungen lassen sich im Blick auf die Haltung des Staatssekretariats und entsprechende Einschätzungen der Stasi nachweisen.

Balders schildert, wie das Staatssekretariat ein offizielles Zusammentreffen mit dem »Interimsvorsitzenden« Morét aufgrund der noch offenen Situation hinauszögerte.⁸⁷ Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die zusammenfassende Information der Hauptabteilung VII⁸⁸ des MfS vom 30.1.1969 an die Hauptabteilung XX/AIG »im Hause«.⁸⁹ Unter der Überschrift: »Tätigkeit von Religionsgemeinschaften in der DDR« wird die bevorstehende Neuwahl des Präsidenten im BEFG problematisiert. Die geplante Strukturveränderung der Bundesleitung wird als Mißachtung der »bisherigen Gepflogenheiten« bezeichnet, die vor allem der Entfernung progressiver Kräfte aus dem Leitungsgremium diene, welche »durch der Leitung hörige Funktionäre« ersetzt werden sollten.⁹⁰ Interessanterweise fehlt jeglicher Hinweis auf die Rolle von Kautz und die des Arbeitskreises. Die Stasi sah Positionskämpfe voraus, wobei den Verantwortlichen unterstellt wurde, mit den Sitzen der neuen Bundesleitung zu manipulieren. Der verwendete Begriff »hörig« entspricht den Aussagen von Kautz im Treffbericht 21.11.1968 (s.o.). Die Information über eine scheinbar »unrechtmäßige« Umbildung der Bundesleitung verweisen auch auf die »Quelle Kautz«, der durch die Abschaffung des Bundesratsausschusses um seine Einflußnahme auf der Leitungsebene bangen mußte. Der Vorwurf der Manipulation konnte laut Balders nur von einem »Insider« stammen, der die vom Bundeshaus vorgegebene Verteilung von Direktkandidaten der Vereinigungen und der Listenkandidaten gegenüber den staatlichen Stellen kritisierte.⁹¹

Zu Beginn des Jahres 1969 unterstrich Riedel in einem Brief an Dammann, daß der staatlichen Seite sehr an Gesprächen mit dem BEFG unter Einbeziehung des Arbeitskreises, den Kautz leite, gelegen sei.⁹² Ein Termin für dieses Kontaktgespräch wurde noch vor der entscheidenden

86 BStU AIM 10036/78 Bd. II, 77; Balders berichtet, daß bereits am 27.7.1968 ein Artikel über Kautz im CDU-Organ Neue Zeit erschien. Dahinter vermutet er zurecht Wahlpropaganda. Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 91.

87 Vgl. ebd.

88 Nicht, wie Balders angibt, der Hauptabteilung VI.

89 Vgl. BStU MfS HA XX/4, 927, 33.

90 Ebd.

91 Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 92.

92 Vgl. a.a.O., 93.

Bundeskonferenz angesetzt. Riedel versuchte fortgesetzt, unter Hinweis auf die Kontakte zum Staatssekretär Seigewasser und dessen Erwartungen an die Person des neuen Präsidenten, Druck auf Dammann auszuüben, um die Wahl von Kautz vorzubereiten, ohne dessen Namen schon direkt ins Spiel zu bringen. Dammann hielt zunächst dagegen und stellte sich, mit Bezug auf seine eigenen Gespräche mit dem Staatssekretariat, vor den Kandidaten der Bundesleitung.⁹³ Man kann aufgrund der bisherigen Recherchen beweisen, daß Riedel im Zusammenhang mit Kautz aktiv wurde.⁹⁴ Im Treffbericht vom 7.2.1969 wird die Einschätzung der Situation aus der Sicht von Kautz wie folgt wiedergegeben: »Ferner hat der GI den Eindruck, daß vor allem Dammann daran interessiert ist, auch nur ihm genehme Personen in die Bundesleitung zu bekommen. Um einen Abfall [sic!] zu verhindern, regte Riedel aus Dresden (Volkskammerabgeordneter) bei Dammann an, ein Gespräch bei Staatssekretär Seigewasser bezüglich der Neuwahl zu führen. Riedel erklärte sich bereit, dieses zu arrangieren. Dammann selbst war nach Meinung von GI »Herbert« nicht erbaut von dem Vorschlag und wird versuchen, seine Konzeption bezüglich der Bundeskonferenz schnellstens durchzuführen.«⁹⁵ Die Stasi beauftragt den Informanten, weiter mit Riedel in Verbindung zu bleiben, um Dammann zu beeinflussen. Kautz berichtete am 27.2.1969 der Stasi, daß das weitere Vorgehen mit Riedel und Heinrich Strohmann⁹⁶ abgesprochen sei. Dieses Gespräch fand am Rande des CDU-Parteitages am 22.2.1969 in Erfurt statt.⁹⁷ Strohmann, Riedel und Kautz verständigten sich darüber, daß Riedel einen Antrag an die Bundesleitung richten sollte, »in dem auf die große Verantwortung, die die Konferenz bei der Neuwahl trägt«, hingewiesen werden sollte⁹⁸. Ein Treffen mit Seigewasser sei für den 18. April vorgesehen. Dammann betreibe, nach Angaben von Kautz, eine Aussprache mit dem Staatssekretär erst nach der Konferenz, um dort den bereits gewählten Präsidenten Morét zu präsentieren. Kautz empfahl der Stasi, daß Seigewasser Druck machen solle, um die Wahl zu beeinflussen. Riedel stellte am 22.2.1969 den Antrag an die Bundesleitung, in dem er die Namensänderung des Bundes und eine Neuaufnahme der Überlegungen zur Präsidentenwahl forderte.⁹⁹ Gegenüber dem Staatssekretariat erläuterte er die Situation im BEFG, drang auf die Einhaltung des Termins am 18. April und führte Kautz als wünschenswerten Kandidaten ein. Riedel kündigte Dammann seine Teilnahme an der nächsten Bundesleitungssitzung an, auf der er

93 Vgl. a.a.O., 93f.

94 Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 86. Dort berichtet Kautz, daß er das Vorgehen mit Strohmann und Riedel abgesprochen habe.

95 A.a.O., 81.

96 Zur Person Strohmanns s.u.

97 Vgl. *Balders*, Präsidentenwahl, 96.

98 BStU AIM 10036/78, Bd. II, 87.

99 Vgl. *Balders*, Präsidentenwahl, 97.

seinen Antrag zur Namensänderung und zur Präsidentenfrage vertreten wollte.

Wie stark die fortgesetzte Informationsarbeit von Kautz in dieser spannungsreichen Phase weiterwirkte, zeigt eine anonyme Information in den Akten des MfS vom 14.2.1969.¹⁰⁰ Da sie ausschließlich Anweisungen für die Referenten für Kirchenfragen in den Bezirken enthält und keinerlei Hinweise auf den Einsatz und die Abschöpfung konspirativer Verbindungen, ist zu vermuten, daß es sich um eine Information des Staatssekretariats für Kirchenfragen in Absprache mit dem MfS handelt. In dieser Einschätzung zur Präsidentenwahl werden gegen die Bundesleitung und gegen Dammann genau die Vorwürfe erhoben, die sich in den Treffberichten mit Kautz finden: 1. gesamtdeutsche Ausrichtung der Arbeit Dammanns;¹⁰¹ 2. Hinweis auf die gesamtdeutsche Sitzung der Bundesleitung vom 20.-21.5.1968 unter dem Vorsitz von Hans Arndt;¹⁰² 3. Dammann wolle nur ihm »hörige« Personen in der Bundesleitung;¹⁰³ 4. Dammann wolle »allein herrschen«¹⁰⁴. Es wird vorgeschlagen, die namentlich aufgeführten Mitglieder der jetzigen Bundesleitung über die zuständigen Referenten für Kirchenfragen zu Aussprachen einzuladen. Damit entsprachen die staatlichen Stellen der Aufforderung von Kautz, der am 21.11.1968 empfohlen hatte, die Mitglieder der Bundesleitung unter Druck zu setzen.¹⁰⁵ An diesem Beispiel wird deutlich, wie stark das Zusammenwirken von Staatssekretariat und MfS im Blick auf die Freikirchen war. Die Informationen von Kautz waren nicht nur für die regionale Ebene bedeutsam, sondern hatten Auswirkungen auf die gesamte Einstellung der staatlichen Stellen gegenüber der Freikirche. Die Hinweise des IM »Herbert« gegenüber dem MfS wurden auf höherer Ebene weitergeleitet und führten zu einer Direktive des Staatssekretariats für Kirchenfragen.

Auch in den folgenden Zusammenkünften der ersten Monate des Jahres 1969 setzte Kautz seine Berichterstattung fort und schilderte die Situation stets aus seiner Sicht, wonach Dammann den Kandidaten Morét aus eigennützigen Gründen unterstütze und durchzubringen versuche, um seine autokratische Führungsrolle zu verstärken und dann nur »ihm genehme Personen« in der Bundesleitung zu haben.¹⁰⁶

Mit besonderer Spannung wurde sicher von allen Beteiligten die Bundesleitungssitzung vom 27.2.1969 erwartet, an der Riedel und Kautz teilnahmen. Kautz berichtete am selben Tag der staatlichen Seite über

¹⁰⁰ BStU MfS HA XX/4 927, 35f.

¹⁰¹ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 56.82.

¹⁰² Vgl. a.a.O., 51ff.

¹⁰³ Vgl. a.a.O., 75.81.

¹⁰⁴ Vgl. a.a.O., 56.

¹⁰⁵ Vgl. a.a.O., 79.

¹⁰⁶ Vgl. a.a.O., 80ff.

den Verlauf der Sitzung.¹⁰⁷ Zunächst war über die »Namensänderung« des Bundes beraten worden. Nach einem in der Sache eindeutigen Gespräch im Staatssekretariat für Kirchenfragen wurde von Dammann verlangt, die beiden letzten Worte »in Deutschland« aus der Bundesbezeichnung wegzulassen, um den gesamtdeutschen Charakter auch sichtbar aufzugeben.¹⁰⁸ Die Namensänderung, die der veränderten Verfassungslage entsprechen sollte, wurde vom Staatssekretariat in einen direkten Zusammenhang mit potentiellen Genehmigungen für Einreisen gestellt. Dieses Vorgehen entsprach der Linie der DDR-Kirchenpolitik seit 1967, wonach »die Illusion über eine einheitliche Kirche«¹⁰⁹ systematisch zerschlagen werden sollte. Die Zweistaatlichkeit Deutschlands sollte von den Kirchen endlich akzeptiert werden. Die Folge sollten die organisatorische Trennung von gesamtdeutschen Institutionen, vor allem der evangelischen Kirchen und auch der Freikirchen sein. Wer sich dagegen für die kirchliche Einheit Deutschlands engagierte, unterstützte aus Sicht des Staates die reaktionäre Politik der Bundesrepublik und schädigte die Kirche in der DDR.¹¹⁰ Bereits nach Inkrafttreten der neuen Verfassung im April 1968 konstituierten sich verschiedene Kirchen und Freikirchen in nunmehr getrennten Organisationen.¹¹¹

Nach einem Gespräch mit dem kommissarischen Präsidenten Morét erklärte sich Dammann gegenüber dem Staatssekretariat schriftlich für den BEFG bereit, den Antrag auf Namensänderung dem nächsten Bundesrat vorzulegen. Im Blick auf die großen kirchlichen Auseinandersetzungen über die neue Verfassung und die Gründung des »Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR« (BEK)¹¹² verwundert die lapidare Aussage von Kautz, daß in dieser Frage innerhalb der Bundesleitung keine Probleme festzustellen seien.¹¹³ Der Bundesdirektor des westdeutschen BEFG, Gerhard Claas, bedauerte zwar die Namensänderung, die von der Bundesleitung-West mit Schmerzen zur Kenntnis genommen werde, weil hier politischem Druck gehorcht würde. Die formale Trennung solle aber die innere Einheit nicht in Frage stellen. Der Informant Kautz schätzte gegenüber seinem Führungsoffizier ein, »daß man zwar formal eine Trennung herbeiführt, aber ansonsten bestrebt ist, die gemeinsamen Verbindungen aufrecht zu erhalten.«¹¹⁴ Desgleichen belegt

¹⁰⁷ Vgl. a.a.O., 86ff.

¹⁰⁸ Vgl. R. Dammann, Die Teilung des Bundes im Jahr 1969, 175.

¹⁰⁹ G. Besier, Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, 628.

¹¹⁰ Vgl. a.a.O., 630f.

¹¹¹ Vgl. Dammann, Teilung, 175. Zur Stellungnahme des BEFG zur Verfassung von 1968 vgl. R. Dammann, Als Freikirche im sozialistischen Staat, in: Balders / Materne, Erlebt, 44ff.

¹¹² Vgl. Besier, SED-Staat, 645-722.

¹¹³ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 88.

¹¹⁴ A.a.O., 89.

ein Schreiben Riedels an Dammann vom 22.2.1969, daß zumindest Dammann sich mit der Entscheidung für die Namensänderung, die letztlich die Trennung in zwei Bünde festschrieb, schwer tat.¹¹⁵ Riedel bemängelt in seinem Schreiben, daß sich Dammann erst zum gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Änderung ausgesprochen habe. Nach Riedel hätte sie schon ein Jahr früher – also im Jahr der neuen DDR-Verfassung – erfolgen können und nicht erst auf Druck des Staatssekretariats. Riedel nahm, nach dem Protokoll der Bundesleitung, ausführlich zur Namensänderung Stellung, die anschließend diskutiert wurde. Er war es auch, der das Thema auf die Präsidentenwahl brachte und dabei Herbert Kautz als geeigneten Kandidaten, der den Erwartungen des Staates entspräche, vorschlug.¹¹⁶ Dammann stellte klar, »daß ihm seitens des Staatssekretariats wohl gesagt worden ist, daß man hoffe, daß der künftige Präsident eine positive Stellung zu unserem Staat habe, daß aber im übrigen die Wahl des Präsidenten in unserer eigenen Zuständigkeit sei.«¹¹⁷ Dammann nutzte demnach den Spielraum, der sich ihm durch eigene Kontaktgespräche mit dem Staatssekretariat eröffnete.

Ein Beschluß wurde im Anschluß an dieses Votum nur zur Namensänderung getroffen. Kautz berichtet seinem Gesprächspartner vom MfS deutlich verstimmt, daß man sich am 27. Februar, obwohl Kautz von Riedel zum ersten Mal ganz offiziell zum Vorsitzenden vorgeschlagen worden wäre, nicht über die Präsidentenwahl unterhalten habe und niemand Stellung genommen hätte.¹¹⁸ Kautz selbst brachte in der Sitzung am 28. Februar noch einmal das Anliegen Riedels, und damit seine eigene Nominierung, vor. Trotz einer Aussprache wurden jedoch keine Beschlüsse in dieser Frage gefaßt.

Kautz beschwerte sich in der Bundesleitungssitzung, daß anläßlich dieser Zusammenkunft keine Namen von möglichen Kandidaten genannt wurden. So würde der Beschluß darüber erst unmittelbar vor der Bundeskonferenz fallen, teilte er seinem Führungsoffizier mit. Hierin läßt sich seine ganze Enttäuschung über die erfolglose Intervention Riedels in der vortägigen Bundesleitungssitzung erkennen. Adolf Pohl, Dozent am Theologischen Seminar, fand Kautz gegenüber deutliche Worte:

»Ich möchte dir nur eines sagen: unser Schweigen war auch eine Antwort. Es war die zarteste Andeutung. Wir lassen uns unseren Präsidenten nicht vom Staat vorschreiben. Der neue Präsident muß 100 % unser Mann sein. Es kann nur ein Präsident sein, der von den Baptisten gewählt wird.«¹¹⁹

¹¹⁵ Vgl. *Balders*, Präsidentenwahl, 96.

¹¹⁶ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 89.

¹¹⁷ *Balders*, Präsidentenwahl, 100.

¹¹⁸ BStU AIM 10036/78 Bd. II, 89.

¹¹⁹ A.a.O., 92.

»Wir lassen uns nicht drücken«, faßte Pohl seine Antwort auf Kautz zusammen. Das Evangelium müßte weiterhin verkündigt werden, egal »ob wir das über oder unter Wasser« tun.¹²⁰ Dieses mutige Votum, das verriet, wie die Agitation von Kautz und Riedel bei den Verantwortlichen eingeschätzt wurde, schwächte der Vorsitzende der Bundesleitung und Präsidentschaftskandidat Herbert Morét nach Aussagen von Kautz etwas ab. Dennoch empfahl Kautz der Stasi, als weiteres Druckmittel in der Entscheidungsphase Dammann keine Reisen mehr zu genehmigen. Der Arbeitskreis, den Kautz leitete und dem Riedel und Strohmann angehörten, wurde von der Bundesleitung mit der Vorbereitung der wichtigen Begegnung mit Seigewasser beauftragt. Man traf sich am 29.3.1969 in Leipzig.¹²¹ Mit dieser Beauftragung versuchte die Bundesleitung offensichtlich, den politischen Beziehungen Riedels und Kautz', die zum Vorteil des Staat-Freikirche-Verhältnisses genutzt werden konnten, Rechnung zu tragen.

Weitere Auswirkungen der Abschöpfung von Kautz zeigen sich zunächst in den Akten des Staatssekretariats für Kirchenfragen, das seine Angaben aus der Bundesleitungssitzung vom 27.2.1969 in der Information vom 17. März weiterverarbeitete und Maßnahmen vorbereitete.¹²² Dort begegnen Formulierungen, die sich mit denen des Treffberichts vom 28. Februar decken. So auch über die Einlassung Pohls, die in der Information als Meinung des BEFG wiedergegeben wird: Der neue Präsident müsse 100 % ihr Mann sein. Auch die in der Information des Staatssekretariats enthaltenen Äußerungen zur Namensänderung stimmen mit den Angaben von Kautz zur Bundesleitungssitzung überein. Fest steht, daß Kautz, aber auch Riedel, mit allen Mitteln versuchten, die Wahl von Kautz durchzusetzen. Dabei instrumentalisieren sie auch das Staatssekretariat, gegen die Verantwortlichen ihrer Freikirche vorzugehen. Bereits die beständige Mahnung, in jedem Fall den Termin mit Seigewasser am 18. April einzuhalten, belegt die taktische Intention. Der Einsatz von Riedel auf der offiziellen Kontaktschiene und der von Kautz im konspirativen Bereich führten dem Staatssekretariat erst vor Augen, welche eminent wichtige und politische Bedeutung der Präsidentenwahl zukam. Ohne die kontinuierliche Diffamierung der leitenden Verantwortlichen und die Herausstellung der eigenen »progressiven« Einstellung durch Kautz wäre das Augenmerk der staatlichen Stellen wohl kaum so intensiv auf die Wahlentscheidung gerichtet gewesen.

In der Akte des IM »Herbert« findet sich ein weiterer Treffbericht erst unter dem Datum vom 10.4.1969.¹²³ Kautz stellte in diesem Bericht fest, daß die abgesprochene Konzeption nicht aufgegangen sei. Auf der Verei-

¹²⁰ Vgl. a.a.O., 93.

¹²¹ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 97f.

¹²² Vgl. *Balders*, Präsidentschaftswahl, 101f.

¹²³ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 99.

nigungskonferenz am 29. März sei Ernst Wank als Listenkandidat für die Bundesleitung gewählt worden, weil diejenigen, die seine Wahl unterstützten, geschwiegen hätten. Die skandalösen Vorgänge auf der Vereinigungskonferenz werden von Balders und einem Zeitzeugen ausführlich geschildert, so daß hier auf eine genaue Wiedergabe verzichtet werden kann.¹²⁴ Kautz mußte von der Vereinigung Sachsen als Listenkandidat für die Bundesleitung nominiert werden, da der neue Präsident aus den Mitgliedern der Bundesleitung gewählt würde. Er hatte in der Vereinigungsleitung bereits intensiv für seine Kandidatur geworben und unverhohlen auf staatliche Interessen verwiesen. Obwohl er zunächst als ein aussichtsreicher Kandidat galt, traf das Gremium in geheimer Wahl, vor allem aufgrund seiner demonstrativen Selbstempfehlung, eine andere Entscheidung. Kautz empfahl nach dieser bitteren Niederlage in den Vorwahlen, daß der Staatssekretär am 18.4.1969 nun Druck auf die Verantwortlichen ausüben sollte, um die Wahl von Kautz dennoch voranzutreiben.

Am 24. Juni, also erst zwei Monate später und damit bereits *nach* der entscheidenden Bundesratstagung, traf sich Kautz wieder mit dem Vertreter des MfS.¹²⁵ Die staatliche Seite hatte es infolge der Niederlage von Kautz offensichtlich aufgegeben, direkten Einfluß auf die Präsidentenwahl zu nehmen. Das zeigen auch die Dokumente des Staatssekretariats für Kirchenfragen zur Vorbereitung der Begegnung des Staatssekretärs mit Vertretern des BEFG am 18.4.1969,¹²⁶ die wie selbstverständlich von Morét als künftigen Präsidenten sprechen, dessen endgültige Wahl bevorstehe. Nach Aussagen von Dammann und Morét habe der Staatssekretär zum Schluß der Begegnung hervorgehoben, daß die staatliche Seite sich nicht in die innerfreikirchlichen Belange, wie die Präsidentenwahl, einzumischen gedenke. In der Information der Hauptabteilung XX/4 des MfS zur Bundesratstagung vom 8.-11. Mai in Dresden wird dann die Wahl Moréts auch ohne weitere Kommentierung berichtet. Gleichzeitig konnte zufrieden festgestellt werden, daß die Namensänderung des BEFG entsprechend der Verfassungswirklichkeit der DDR auf dem Bundesrat ohne Auseinandersetzung beschlossen wurde.¹²⁷ Die Namensänderung, die im Grunde viel mehr als der Austausch von vier Worten war, wurde mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.¹²⁸ Warum die Freikirchen, allen voran die »Freien evangelischen Gemeinden« (BFEG), im Unterschied zu den heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der EKD ohne größere Bedenken die gesamtdeutsche Organisation preisgaben, verdient eine einge-

¹²⁴ Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 103-104.

¹²⁵ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 102f.

¹²⁶ Vgl. Balders, Präsidentenwahl, 105.

¹²⁷ Vgl. BStU MfS HA XX/4 927, 39.

¹²⁸ Vgl. Dammann, Teilung, 176.

hendere Untersuchung. Die kongregationalistische Ekklesiologie, die von der Autonomie der Ortsgemeinde ausgeht, ist dazu prädestiniert, die Einzelgemeinde höher zu bewerten als den Verbund der Gemeinden. Die »Bundesidentität«, d.h. das gesamtfreikirchliche Bewußtsein, war in der Geschichte immer wieder umstritten bzw. theologisch gar nicht profiliert. Ob seitens der Freikirchen eine im Vergleich mit der evangelischen Kirche höhere Kooperationsbereitschaft mit den staatlichen Stellen vorlag, die sich aus ihrer Minderheitensituation ableitete, muß noch erforscht werden.

Ende 1969 bewertete das MfS anläßlich der jährlichen Einschätzung des Inoffiziellen Mitarbeiters Herbert Kautz den Vorgang um die Präsidentenwahl.¹²⁹ Es sei nicht gelungen, ihn als Präsidenten zu lancieren, weil er seine Person zu sehr in den Vordergrund gestellt habe. Die staatlichen Stellen entdeckten, daß die offensive und undiplomatische Vorgehensweise von Kautz der Grund für das Scheitern der geplanten Einflußnahme war. Ohne es quellenmäßig belegen zu können, muß man davon ausgehen, daß die staatlichen Stellen einerseits aufgrund der egozentrischen Attitüde von Kautz, aber wohl auch aufgrund der loyalen Haltung der Verantwortlichen des BEFG in der Verfassungs- und Namensänderungsfrage von einer massiven Beeinflussung der Wahlentscheidung absahen, die Kautz ihnen nahegelegt hatte. In der Kooperation mit einem Präsidenten des BEFG, der eigenständig gewählt war und gleichzeitig zu einer positiven Zusammenarbeit mit dem Staatssekretariat bereit war, sah man den größeren Nutzen, als in einem durch staatliche Intervention durchgesetzten, unberechenbaren »Wunsch Kandidaten« Kautz.

Dennoch war den Überwachungsorganen weiterhin an einer Zusammenarbeit mit Kautz gelegen, die sich bis zu seinem Tod kontinuierlich fortsetzte. Kautz konnte zwar aufgrund seiner Niederlage nicht als Funktionär in einer Spitzenstellung für den Staat aktiv werden, was seine Wahl zum Präsidenten ohne Zweifel bedeutet hätte. Durch die Auflösung des Bundesratsausschusses wurde für ihn gleichzeitig die direkte Ausspionierung der Bundesleitungssitzungen unmöglich. Er war aber aufgrund seines Vorsitzes im Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit, durch die aktive Mitarbeit in der CFK (Christliche Friedenskonferenz) und durch vermehrte Publikationstätigkeit durchaus in der Lage, das Verhältnis zwischen BEFG und DDR-Staat zu beeinflussen. So schrieb er u.a. einen glorifizierenden Artikel zum 20. Jahrestag der DDR, der im BEFG umstritten war.¹³⁰

¹²⁹ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. I, 49. »Das von Anfang an verfolgte Ziel, den IM anläßlich der Bundeskonferenz 1969 in Dresden in die Funktion des Präsidenten zu bringen, mißlang. In Auswertung und Einschätzung der Situation wurde herausgearbeitet, daß der IM seine Person mehr in den Vordergrund schob und somit eine gewisse Oppositionshaltung gegen sich erzeugte« (ebd.).

¹³⁰ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 121.

Nach der Bundeskonferenz geriet Kautz innerhalb des Bundes zunächst unter Druck. Er beschwerte sich gegenüber seinem Führungsoffizier, daß man Stimmung gegen ihn mache und die progressiven Kräfte, wie befürchtet, sukzessiv ausgeschaltet würden. So sei er von der Gemeinde in Görlitz von einer Evangelisation, die er halten sollte, ausgeladen worden. Den Briefwechsel mit dem Pastor der Gemeinde, in dem kritische Worte über sein politisches Engagement und die Vorgänge anlässlich der Präsidentenwahl enthalten sind, übergab er der Staatssicherheit, obwohl sein Amtsbruder ihn um äußerste Vertraulichkeit wie in einem Vier-Augen-Gespräch gebeten hatte.¹³¹ Auch in dieser Korrespondenz verteidigte Kautz sein Vorgehen, indem er folgerte, daß die Entscheidung gegen ihn, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, zu Erschwernissen in der Genehmigung von Ausreisen führten. Morét wandte sich nach Kautz' Angaben gegen eine Diffamierung seiner Person. Warum sich der Präsident vor Kautz stellte, ist nicht leicht zu verstehen. Wahrscheinlich wollte man die politischen Beziehungen des BEFG nicht durch direkte Angriffe oder öffentliche Maßregelung eines »progressiven« Pastors belasten, der über einschlägige Kontakte zu staatlichen Stellen verfügte.

Kautz berichtet der Stasi unmittelbar – telefonisches Kennwort: »Herbert aus Halle« –, sobald er Nachrichten aus der Bundesleitung oder der Bundesgeschäftsstelle erhielt.¹³² Bei Auslandsreisen überwachte er die kirchlichen Mitreisenden und empfahl in der Auswertung mit Seltmann vom MfS, wem eine erneute Ausreise erlaubt oder verweigert werden sollte.¹³³ Obwohl Kautz im Sinne des Staates auf die Bundesleitung einwirken und Ende 1969 eine positive Stellungnahme des Bundes zur DDR durchsetzen sollte, mußte er im Januar 1970 resigniert feststellen, daß er von allen offiziellen Treffen und Beratungen ferngehalten wurde.¹³⁴ Er riet deshalb der staatlichen Seite, vermehrt Druck auf seine Kirche auszuüben und Ausreisen der Funktionäre zu verhindern. Immer wieder wurde Kautz in dieser Weise eingesetzt, um die Verantwortlichen des Bundes davon zu überzeugen, daß eine politische Stellungnahme seitens des Bundes aus der Sicht des Staates opportun sei. Wie diese Interventionen aufgenommen wurden bzw. welche direkten Auswirkungen sie auf das Verhalten der Verantwortlichen gegenüber dem Staat hatten, muß eine spätere Untersuchung zeigen.

Eine vage Hoffnung, wieder auf die Leitungsebene des Bundes zu gelangen, verband Kautz mit einer möglichen Wahl zum Vereinigungsleiter in Sachsen im Frühjahr 1970.¹³⁵ Dennoch erfolgten die Treffen mit der Stasi in immer größeren periodischen Abständen. An den Akten wird er-

¹³¹ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 113-117.

¹³² Vgl. a.a.O., 128.

¹³³ Vgl. a.a.O., 130.

¹³⁴ Vgl. a.a.O., 135ff.

¹³⁵ Vgl. a.a.O., 138.

kennbar, daß das Interesse der Staatssicherheit an Kautz nach der gescheiterten Präsidentenwahl merklich zurückging. Kautz stellte gleichwohl seinen »Wiederaufstieg« in Aussicht, da er als Kandidat zum Vereinigungsleiter vorgeschlagen worden sei. Wenn er am 30.5.1970 in der Bundesleitungssitzung anwesend wäre, würde er dem MfS über die Untergrundbewegung der Baptisten in der Sowjetunion berichten.¹³⁶ Die Thematik der »Initiativniks« war für die Überwachungsorgane von großem Interesse, so daß Kautz wiederholt in diesem Sinne eingesetzt und zur Ausspionierung von Reisekadern eingesetzt wurde.¹³⁷ Seine Aussagen über den Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit, dem auch Morét und Dammann angehörten, sind ambivalent. Zum einen beschreibt er die verbesserte Zusammenarbeit.¹³⁸ Drei Monate später wird über die Behinderung ihrer Arbeit durch die Bundesleitung berichtet, die Strohmännchen veranlaßten, offen über eine Auflösung des Kreises nachzudenken. Kautz wollte sich aus diesem Konflikt zunächst aus taktischen Gründen heraushalten, um seine mögliche Wahl zum Vereinigungsleiter nicht zu gefährden.¹³⁹ Bei der Einschätzung des Arbeitskreises und der Bundesleitung machte er aus seiner negativen Beurteilung Dammanns, der alles dominiere, und seiner Kritik an der im Grunde apolitischen Ausrichtung der anderen Mitglieder keinen Hehl. Dabei schreckte er auch vor persönlicher Diffamierung einzelner Personen nicht zurück.¹⁴⁰

Die Vereinigungskonferenz vom 30.-31.5.1970 hielt eine weitere harte Niederlage für Kautz bereit, da er nicht zum Vereinigungsleiter gewählt wurde.¹⁴¹ Um seinen Mißerfolg zu kaschieren, gab Kautz gegenüber der Stasi an, daß die Vereinigungen durch neue Aufgabenverteilungen mittlerweile ohnehin weniger Einfluß auf die Bundesleitung hätten. Dammann fungiere jetzt als unumschränkter Herrscher im BEFG. Damit verstärkte sich für ihn zwangsläufig die strategische Abkapselung des BEFG von der gesellschaftspolitischen Öffentlichkeit und die politische Passivität. Die Bundesleitung habe kein Interesse an offensiver politischer Arbeit, worunter auch der Arbeitskreis leiden würde.¹⁴² Kautz mußte nun erleben, daß seine Vorschläge für politische Stellungnahmen, die mit dem MfS abgesprochen waren, nicht aufgenommen wurden.¹⁴³ Sein Ein-

¹³⁶ Vgl. a.a.O., 140-143.

¹³⁷ Vgl. a.a.O., 154.159ff.

¹³⁸ Vgl. a.a.O., 149f.

¹³⁹ Vgl. a.a.O., 156f.

¹⁴⁰ Vgl. a.a.O., 157. Kautz machte hier u.a. Angaben über ein Mitglied der Bundesleitung, das Halbjuden und deshalb ein Freund Israels sei (vgl. a.a.O., 187). Er gab nach allen vorangehenden, äußerst negativen Äußerungen über Dammann noch an, daß dieser während der NS-Zeit Fähnrich der Kriegsmarine gewesen sei. Auch über die Berufsplanung seiner Kinder machte er Angaben.

¹⁴¹ Vgl. a.a.O., 163ff.

¹⁴² Vgl. BStU MfS HA XX/4 822, 38f.

¹⁴³ Vgl. BStU AIM 10036/78 Bd. II, 165f.

fluß und der gleichgesinnter progressiver Kräfte würde zurückgedrängt. So dürfte der Arbeitskreis auch nicht auf der Theologischen Woche vor der versammelten Pastorenschaft des BEFG berichten. Kautz faßte seine Beobachtungen zusammen, wonach die progressiven Kräfte immer stärker ausgegrenzt würden, während die Anhänger Dammanns reüssierten. Das Schicksal des Arbeitskreises für Öffentlichkeitsfragen belegt, daß Kautz die Entwicklung richtig einschätzte. Hatte man noch 1969 vor allem aus taktischen Überlegungen die Notwendigkeit eines solchen Gremiums eingesehen, wurde es 1973 aufgelöst.¹⁴⁴ Die Verhandlungen mit dem Staat sollten in Zukunft von der Bundesleitung und den Repräsentanten des Bundes wahrgenommen werden. Ob hinter dieser Verschiebung der Kompetenzen auch eine Festigung des Staat-Freikirche-Verhältnisses steht, müßte eine Untersuchung belegen. Vermutlich war durch den Ausbau guter Beziehungen zum Staatssekretariat seitens Dammanns / Moréts eine Einflußnahme politischer »Verbindungsleute« zum Staat nicht mehr in dem Maße nötig, wie in der unsicheren Phase der neuen Verfassungswirklichkeit.

In der Folgezeit traf sich Kautz regelmäßig, wenn auch weniger häufig als in den Jahren 1968/69, mit seinem Führungsoffizier. Er berichtete detailliert über die politische Einstellung seiner Kollegen, wobei er negative Einschätzungen scheinbar ohne Skrupel weitergab.¹⁴⁵ Zum Spektrum seiner Tätigkeit gehörte auch die Ausforschung der CFK. Über Tagungen und Konferenzen des BEFG, an denen er teilnahm, machte er fortgesetzt umfassende Angaben und überreichte geeignetes Informationsmaterial. Stereotyp kritisierte er bei allen Treffen die apolitische Haltung des BEFG, die vor allem durch Dammann zementiert würde.

Gleichzeitig wurde Kautz immer stärker sein sinkendes Prestige im BEFG bewußt, was für ihn vor allem an der Demontage des Arbeitskreises für Öffentlichkeitsfragen sichtbar wurde. Am 13.10.1970 meldete er sich selber bei seinem konspirativen Gesprächspartner und bat um Unterstützung.¹⁴⁶ Der Staatsapparat solle vermehrt Forderungen an die Baptisten stellen. Auch dürfe sich der Staatssekretär nicht mehr mit allgemeinen Erklärungen des BEFG zufriedengeben, sondern müsse konkrete Fragen zur politischen Einstellung vorbringen. Daraufhin erteilte Seltmann dem Informanten den Auftrag, Vorschläge für den BEFG zu erarbeiten, die dem Staatssekretariat übermittelt werden sollten, um gezielt seine Arbeit mit dem BEFG danach ausrichten zu können. Gerade in diesem Zusammenhang ist man über das Ausmaß an Korruption seitens des IM »Herbert« erstaunt. Fordert ein Pastor hier doch ganz unzweideutig die Staatsorgane zu einem härteren repressiven Vorgehen ge-

¹⁴⁴ Vgl. *Balders*, Präsidentschaftswahl, 107.

¹⁴⁵ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 168ff: Bericht über Seminardozenten Adolf Pohl und Klaus Fuhrmann.

¹⁴⁶ Vgl. a.a.O., 180ff.

gen seine eigene Kirche auf. Er schien sogar zur Mitarbeit bereit, um die Repressionsmöglichkeiten des Staatssekretariats gegen seine eigene Kirche zu fördern.

Im Frühjahr 1971 zeigte sich, daß die fortgesetzte »Überzeugungsarbeit« von Kautz Früchte trug. An dieser Episode läßt sich auch der verbliebene Einfluß des letztlich aus allen leitenden Funktionen bereits verdrängten Kautz belegen. Der Bund bereitete anläßlich eines in Aussicht genommenen Gesprächstermins am 2. April mit Seigewasser eine politische Erklärung vor.¹⁴⁷ Am 8.3.1971 habe Kautz mit Günter Lorenz und Herbert Morét darüber gesprochen.¹⁴⁸ Dabei machte er konkrete Vorschläge für die zu behandelnden Fragen (wie u.a. die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Mitgliedschaft beider deutschen Staaten in der UNO). Lorenz wollte daraufhin die Erklärung formulieren und dem Informanten zuschicken. Morét versuchte diese Entwicklung dadurch zu bremsen, daß er erklärte, sich beim Text der Erklärung an die Formulierungen der anderen Kirchen halten zu wollen. Morét wollte nichts auf eigene Faust unternehmen, um nicht von den anderen Kirchen »angepfiffen« und von den eigenen Leuten »abgeschossen« zu werden. Ob dies ein typisches Verhalten war, müßte die weitere Forschung zeigen. Der Informant pochte auf sachliche und sprachliche Eindeutigkeit. Kautz setzte in diesem Gespräch den Präsidenten Morét, der beim Zusammentreffen mit Seigewasser außer der Erklärung nichts weiter sagen wollte, massiv unter Druck. Er legte Morét die s.E. angemessenen Reaktionen im Gespräch mit Seigewasser nahe und drohte Konsequenzen an, falls es zu keiner eindeutigen Stellungnahme seitens des Bundes käme. Die »abwartende Haltung« der Baptisten würde vom Staat beanstandet werden. Beim Treffen am 23.3.1971 legte Kautz dem MfS vorab den Entwurf für die politische Erklärung vor, mit der die staatlichen Gesprächspartner sehr zufrieden waren.¹⁴⁹

Bereits dieser Entwurf wurde über die Stasi bis hin zu Seigewasser übermittelt. Für eine Veröffentlichung in der Zeitschrift des Bundes sollte Kautz Sorge tragen. Am 25.3.1971 schrieb Kautz mit unverkennbar drohendem Unterton an Dammann über den Entwurfstext: »Ich möchte ihn in der Endfassung nicht gekürzt sehen.« Schließlich wurde die Erklärung in der Monatszeitschrift des Bundes »Wort und Werk« abgedruckt.¹⁵⁰ Ein Vergleich mit der Schlußfassung der Erklärung war der Verfasserin nicht möglich und bleibt daher einer späteren Untersuchung vorbehalten. Hier interessiert in erster Linie, wie es Kautz gelang, durch den Arbeitskreis für Öffentlichkeitsarbeit zu dieser Zeit noch auf die

¹⁴⁷ Vgl. a.a.O., 185ff. Vgl. zu den Gesprächen mit dem Staatssekretariat *Dammann*, Freikirche, 47ff.

¹⁴⁸ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 185.

¹⁴⁹ Vgl. a.a.O., 189.

¹⁵⁰ Vgl. *Assmann*, Schicket euch in die Zeit, 27.

Verantwortlichen im Sinne des Staates einzuwirken, und welcher Mittel er sich dabei bediente.

Am 1.10.1971 wurde IMV »Herbert« nach langjähriger Zusammenarbeit dem neuen Verbindungsmann Beckmann übergeben, der die Zusammenarbeit bis 1976 durchführte.¹⁵¹ Auffällig ist, daß sich der Ton der Treffberichte sehr stark verändert. Der neue Gesprächspartner scheint wesentlich distanzierter gegenüber Kautz zu sein und hat die Verbindung schließlich über Jahre hin schleifen lassen. Bei einer der wenigen Begegnungen bat Kautz Beckmann um Unterstützung für eine von ihm angestrebte Reise zum Weltkongreß der Baptisten in Stockholm 1975.¹⁵² Die Bundesleitung lehnte seine Teilnahme ab, obwohl Riedel und Strohmänn für ihn intervenierten. Beckmann versagte die staatliche Unterstützung in diesem Fall. Erst zu Beginn des Jahres 1976 häufen sich wieder die Kontaktgespräche. Zu diesem Zeitpunkt wurde der IM »Herbert« zur weiteren Verbindung der K I in Halle übergeben.¹⁵³ Für die Stasi hatte eine intensive Zusammenarbeit mit ihm, nachdem er kaum noch über Einfluß im BEFG verfügte, an Attraktivität verloren. Kautz gab Informationen zur Erklärung der evangelischen Kirche zum Zionismus weiter, die im BEFG an die Gemeinden verschickt wurden. Der Informant erhielt daraufhin den Auftrag herauszufinden, warum sich Moré nach den kirchlichen Verlautbarungen richtete.¹⁵⁴ Dennoch wird die Abschöpfung von Kautz nicht mehr stringent vorgenommen. Die Treffen fanden nur unregelmäßig statt. Der Informant erhält Aufträge, die dann offensichtlich nicht ausgewertet werden. Kautz macht dennoch Angaben zu Kontakten des Leiters des westdeutschen Gemeindejugendwerks, Karl-Heinz Walter, zur FDJ. Er berichtete über Beobachtungen auf einer Moskaureise, die von staatlicher Seite initiiert und gefördert worden war.

In dieser Phase gab Kautz auch viele Informationen über einzelne Persönlichkeiten aus verschiedenen Gemeinden und der Pastorenschaft weiter. Dennoch ist dem Material zu entnehmen, daß sein Einfluß auf die Entscheidungsebene des Bundes bereits sehr begrenzt war. Dementsprechend disparat fielen die Informationen aus, die er noch liefern konnte. Sein Einsatzgebiet verlagerte sich nun auf die CFK. Am BEFG interessierte die K I vor allem die sogenannte »Ostarbeit« und die damit verbundenen Organisationen wie »Licht im Osten«, »Christliche Ostmission« und die »Martyrer-Kirche«. Zugleich sollte Kautz über die Übersiedlung von Bürgern aus der Sowjetunion und die Reaktion von Baptisten darauf berichten. Bei Reisen in die Bundesrepublik versuchte Kautz, Material über diese Organisationen zu beschaffen und machte dabei detail-

¹⁵¹ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 203.

¹⁵² Vgl. a.a.O., 204.

¹⁵³ Vgl. BStU AOG 2987/80, 24.131.

¹⁵⁴ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. II, 207.

lierte Angaben zu Personen, denen er begegnete. Ein Kurzbericht aus dem Sommer 1976 belegt, daß er so gut wie keinen Einfluß mehr im BEFG hatte und kaum noch über Kontakte zu Pastoren verfügte.¹⁵⁵ Nur nach vorherigen Zusammenkünften mit Heinrich Strohmann konnte er noch Informationen über die Bundesleitung – hier über Günter Lorenz als möglichen Nachfolger von Rolf Dammann – weitergeben.¹⁵⁶

Der Zusammenhang von Strohmann und Kautz verdient im Blick auf weitere Aktenbestände der Gauckbehörde über Heinrich Strohmann die künftige Aufmerksamkeit der Forschung. Obwohl Kautz offensichtlich an Einfluß verloren hatte und die Zusammenarbeit auch seitens der K I eher zögerlich fortgesetzt wurde, wurde er am 16.1.1979 als IKK der K I geworben und erklärte sich sofort zur Zusammenarbeit bereit.¹⁵⁷ Der Vorschlag zur Werbung erfolgte aufgrund der langjährigen Zusammenarbeit mit dem MfS und seiner eindrucksvollen politischen Biographie, die viele Auszeichnungen durch den SED-Staat vorweisen konnte. Im Aufklärungsbericht wurde seine progressive Haltung hervorgehoben, die verhindert habe (!), daß er in Führungsämter seiner Freikirche aufgestiegen sei. Seine Spitzeltätigkeit für die ebenfalls von MfS-Kräften durchsetzten K I in der Phase ab 1976 ist von immer privateren Informationen über einzelne Persönlichkeiten, von Kollegen bis hin zur eigenen Familie, geprägt. Sie entbehren einer kirchengeschichtlichen Bedeutung und sollen deshalb hier aufgrund ihres privaten Charakters nicht weiter ausgewertet werden. Auch die Berichte über die von der Stasi finanzierten Reisen in die Bundesrepublik sind vernachlässigbar. Nach mehreren Schlaganfällen stellte die K I fest, daß »Herbert« bereits mentale Schwierigkeiten bei der Berichterstattung aufwies. Die wenigen Informationen über den BEFG, die er noch weitergeben konnte, scheinen aus zweiter Hand zu stammen. Dennoch gehen die Berichte bis wenige Monate vor seinem Tod weiter.

Nach diesem Überblick über eine Spitzeltätigkeit von über 20 Jahren fällt es schwer, die ursprüngliche Motivation von Herbert Kautz herauszuarbeiten. An seiner Bejahung des DDR-Staates und seiner progressiven politischen Einstellung hat er nie Zweifel aufkommen lassen. Wie es jedoch zu dieser rückhaltlosen Offenheit für eine konspirative Zusammenarbeit mit der MfS / K I kommen konnte, die schließlich jegliche Solidarität mit der eigenen Kirche vermissen ließ, bleibt schwer nachvollziehbar. Die persönliche Karriere innerhalb seiner Freikirche war zwischenzeitlich eindeutig eines der leitenden Motive. Ob neben seiner klaren politischen Überzeugung auch die Haft seines Sohnes nach einem mißglückten Fluchtversuch und dessen Verstrickungen mit der Stasi eine

¹⁵⁵ Vgl. a.a.O., 220f.

¹⁵⁶ Vgl. a.a.O., 222.

¹⁵⁷ Vgl. BStU AOG 2987/80, Bd. I, 4.

Rolle gespielt haben, muß offenbleiben.¹⁵⁸ Kautz hat durch seine Berichte sicherlich die Meinung der staatlichen Stellen über seine Freikirche beeinflusst. Wenn auch phasenweise in unterschiedlicher Intensität, haben sich seine Einschätzungen und Empfehlungen auf die Haltung des Staatssekretariats für Kirchenfragen gegen den BEFG ausgewirkt. Höhepunkt waren sicher die Vorgänge um die Präsidentenwahl 1969. Auch seine negative Einschätzung vieler Personen in und außerhalb seiner Freikirche, allen voran die von Rolf Dammann, mögen schwerwiegende Konsequenzen für einzelne Menschen nach sich gezogen haben, die bisher noch nicht nachweisbar sind. Dennoch muß dieser aus den Stasi-Akten rekonstruierte Einzelfall in die Gesamtgeschichte des BEFG in der DDR eingeordnet werden. Der Weg des Gemeindebundes wurde von Verantwortlichen bestimmt, denen offensichtlich die von Kautz angestrebte Kooperation mit dem Staat zu weit ging. Die Bundesleitung setzte sich, wie die Stasi-Akten belegen, mit den »progressiven« Kräften auseinander, um die Identität des BEFG nicht durch eine offene Solidarisierung mit der SED-Diktatur zu beschädigen. Auch in der Phase der Präsidentenwahl, in der sich der staatliche Druck verstärkte, versuchte die Bundesleitung den Freiraum der Freikirche so weit wie möglich zu erhalten. »Wir lassen uns unseren Präsidenten nicht vom Staat vorschreiben«. – In diesem Votum äußerte sich Resistenz, die den direkten Einfluß des Staates zu verhindern bemüht war.

3. Weitere Spuren konspirativer ›Zusammenarbeit‹

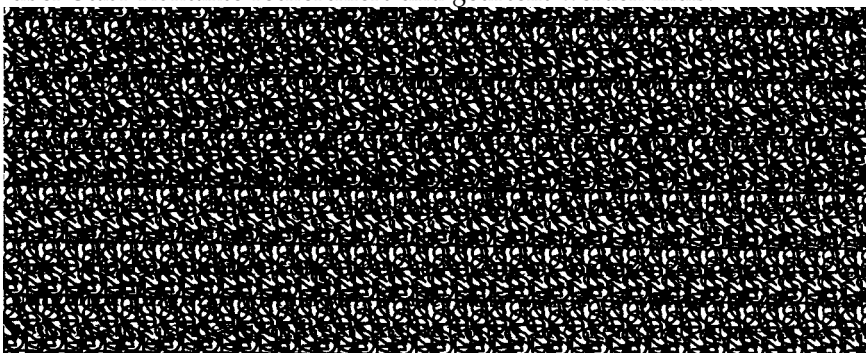
Sicher ist mit »Herbert aus Halle« ein extremes Beispiel für Kontakte zur Stasi innerhalb des BEFG nunmehr an das Licht der Öffentlichkeit geraten. Der »Fall Kautz« ist auf der einen Seite einzigartig, weil er die Vorgänge über die Präsidentenwahl von 1969 aus der Sicht der Überwachungsorgane des DDR-Staates zeigt und nachvollziehbar macht. Daß er keinesfalls ein Einzelfall war, belegen weitere Funde in der Gauckbehörde. So wurde etwa *Herbert Weist*, der spätere Präsident des Bundes, 1955 als GI »Willy« (dem Vorläufer des »IM«) »auf der Linie Sekten« geworben und unterzeichnete eine Schweigeverpflichtung über das erste Gespräch mit der Staatssicherheit.¹⁵⁹ Er verpflichtete sich zudem, über Auslandsreisen zu berichten und seine Gemeindemitglieder im Sinne der DDR-Politik zu beeinflussen. Die Zusammenarbeit wurde im Februar 1959 abgebrochen, da nun, nach seinem Wechsel in das baptistische Präsidenten-

¹⁵⁸ Vgl. BStU AIM 10036/78, Bd. I, 34.

¹⁵⁹ BStU AIM 181/59, Bd. I, 1-10. Als die Stasi eine generelle Schweigeverpflichtung verlangte, lehnte er dies mit dem Hinweis ab, daß sein Ehrenwort genügen müsse.

amt, die Verbindung auf offiziellem Wege weitergeführt werden sollte.¹⁶⁰ Eine genaue Auswertung des im Vergleich mit Kautz vom Umfang her wesentlich geringeren Quellenmaterials steht noch aus. Dennoch ist bereits festzuhalten, daß Weist bei seiner Berichterstattung nicht zur Zufriedenheit der Stasi arbeitete, sondern, wie enttäuscht vermerkt wird, »nur informatorisches Material« geliefert habe und sich auch nicht vollumfänglich den Methoden der Konspiration unterwarf.

Bei einer Einschätzung seiner Zusammenarbeit mit der Stasi muß sicher der noch im Aufbau befindliche Machtapparat dieses Überwachungsorgans berücksichtigt werden. Die Zeitumstände des stalinistisch geprägten »Kirchenkampfes«, die Weist als freikirchlichen Pastor sicher nicht unberührt ließen, und die Sorge vor möglichen negativen Folgen für seine Freikirche im Falle einer grundsätzlichen Weigerung zur Kooperation, könnten als weitere Motive angeführt werden. Seine Wahl ins Präsidentenamt läßt die Kontakte zur Staatssicherheit, vor allem in ihrer Rückwirkung auf seine Person, problematisch erscheinen. Auch wenn er seine Zusammenarbeit so gestaltete, daß sie für die Stasi wenig relevante Informationen erbrachte, war er als Präsident des Bundes wahrscheinlich befangen, und sein Verhalten war verständlicherweise in erster Linie auf die Vermeidung von Konflikten ausgerichtet. Wie weit diese Vorgeschichte einen direkten Einfluß auf das Staat-Freikirche-Verhältnis während seiner Präsidentschaft hatte, läßt sich noch nicht eindeutig belegen. Im Vergleich mit Kautz zeigt das Material über Weist, wie differenziert über Stasi-Kontakte recherchiert und geurteilt werden muß.

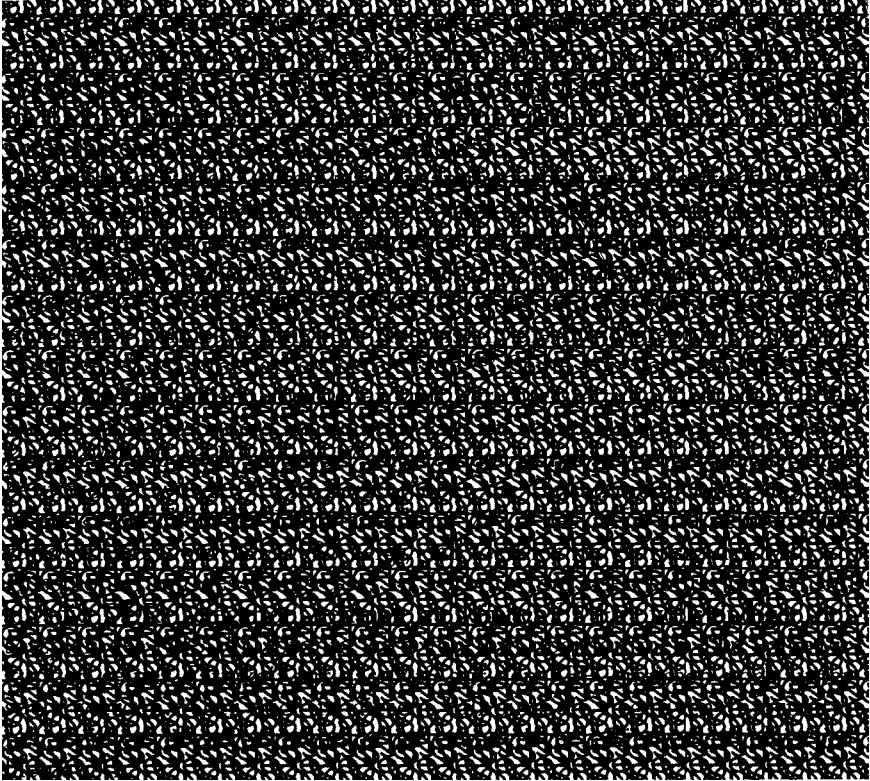


¹⁶⁰ Vgl. a.a.O., 19. Die Interpretation der in den Akten stehenden Auskunft: »die Verbindung zum Inoffiziellen Mitarbeiter wird in der weiteren Zusammenarbeit offiziell unterhalten« fällt schwer. Einerseits könnte damit gemeint sein, daß die offizielle Abschöpfung durch Gespräche mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen im Blick auf die Bedeutung des Informanten ausreiche (vgl. BStU AIM 181/59, Bd. I, 18). Andererseits hatte in der Zwischenzeit (April 1958) bereits die in Berlin ansässige Hauptabteilung der Stasi Kontakt zu ihm aufgenommen. Vgl. BStU AIM 181/59, Bd. II, 52.54.

¹⁶¹ IMS = »Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung des Verantwortungsbereiches«.

¹⁶² Vgl. BStU IF 2077/86, Bd. I; BStU AOG 2023/86 Bd. I; Arbeitsakte; Bd. II.

¹⁶³ Vgl. BStU IF 2077/86, Bd. I, 54; BStU AOG 2023/86, Bd. I, 57.



Mit dem vorliegenden Bericht ist also nur ein Anfang gemacht worden in dem Versuch einer ehrlichen Erforschung dieser bedrückenden Vergangenheit. Auch wenn sich das Urteil des Kirchenhistorikers und versierten Kenners der Materie, Gerhard Besier, in der Gesamtschau bewahrheiten sollte, wonach die Stasi nicht in gleicher Intensität an den Freikirchen interessiert war wie an den Großkirchen¹⁷¹, so gebührt es doch einer der Wahrheit verpflichteten Aufarbeitung der freikirchlichen Geschichte, die Zeugnisse von Anpassung und Verrat mutig und in sachlicher Weise ans Licht zu bringen. Nicht um Menschen zu verurteilen und an den Pranger einer interessierten Öffentlichkeit zu stellen, sondern um zu *lernen*. Es ist, wie Joachim Gauck ausführt, für die Zukunft

164 Vgl. a.a.O., 87.

165 IMB = »Inoffizieller Mitarbeiter zur Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen«. Zum Begriff IMS s.o. Anm. 161.

166 Vgl. BStU AIM 1397/92 Bd. I; Bd. II; Bd. IV.

167 Vgl. a.a.O., Bd. I, 85.122ff.197.

168 Vgl. a.a.O., 284.286.

169 Vgl. a.a.O., 287.

170 Vgl. a.a.O., 289.

171 Vgl. *Besier*, Religionspolitik, 66.

wichtig, Zivilcourage zu erlernen. »Deshalb ist es gut, sich derer zu erinnern, die in der Diktatur den Mut hatten, nein zu sagen.«¹⁷² Dazu gehört auch die Erinnerung an jene, die sich aus unterschiedlichen Gründen von der zweiten deutschen Diktatur instrumentalisieren ließen. Im Gedenken an den 50. Jahrestag des Kriegsendes formulierte der Präsidentenbericht an den Bundesrat 1995: »Wer die Vergangenheit vergißt, ist verurteilt, sie zu wiederholen.«¹⁷³

¹⁷² J. Gauck, »Ich bin weder Richter noch Inquisitor«, Die Welt, 13.1.1997, 9.
¹⁷³ Berichtsheft 1996, 229.